

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1208.

Telephon Nr. 1208.

Nr. 130.

Freitag, den 8. Juni 1906.

17. Jahrgang.

## Die Duma.

Regierung und Duma befinden sich in einem gegenseitigen Verhältnis, das an den Ernst konstitutioneller Verhältnisse zweifeln läßt. Eine Woche ist vergangen, seitdem das Parlament der Regierung ein Mißtrauensvotum ausgesprochen hat; aber Gorenshin rührt sich nicht und tut, als wäre nichts gewesen. Fast possierlich wirkt es, daß in der Presse — zwischen der „Retsch“, dem offiziellen Organ der Kadetten, und den rechtsstehenden Blättern — ein Streit darüber geht, ob die Regierung nach französischem Muster verpflichtet sei, das Mißtrauensvotum mit dem Rücktritt zu beantworten, oder ob sie nach preussischem Muster sich als Vertrauensträgerin der Krone zu betrachten habe, die diese vor der Volkvertretung repräsentiert. Das Parlament wohl als kontrollierender, hemmender, nicht aber als beherrschender Faktor ins Staatsleben eingreift. Für beide Ansichten werden die schönsten Gründe ins Treffen geführt — aber weder auf der demokratischen noch auf der konservativen Seite scheint man ein Gefühl dafür zu haben, daß nicht der Streitgrund, sondern die Möglichkeit des Streites die Situation am schärfsten kennzeichnet. Denn die Duma könnte alles, die Duma könnte einiges sein, ein wirkliches regierendes Parlament oder nur ein budgetbewilligender, budgetverweigernder Reichstag: aber sie müßte doch vor allem wissen, was sie ist. Es müßte ihren Mitgliedern, es müßte der Regierung klar sein, was die Volksvertretung in dem Rahmen des Staates bedeutet.

Aber gerade dieses, das heißt also das Wichtigste ist Diskussionsfrage. Man merke wohl — Diskussionsfrage. Daß ein neues Parlament seine Stellung erst gewinnen muß, daß die Duma, die sich in ihrer Zusammensetzung unendlich mit den Rechten begnügen kann, welche die Grundgesetze ihr zuweisen, das alles ist selbstverständlich. Doch von alledem ist gar nicht die Rede. Die Regierung versucht nicht, ihre Kraft mit der Duma zu messen. Sie läßt die Duma reden, so radikal es ihr beliebt, und bestimmt sich so, als wäre nichts weiter geschehen, als daß ein Diktator unumschmeiblicher Redefreiheit in Rußland bestünde. Indessen weiß kein Mensch, was aus den Beschlüssen wird, die die Duma unermüdet faßt. Alles scheint in die leere Luft zu entströmen. Man könnte die Lage so kennzeichnen: die Regierung ist fest entschlossen, was die Duma anstrebt, nicht zum Gesetz werden zu lassen; aber sie weiß nicht, wie sie den Willen des Parlaments hemmen soll, ohne zugleich das Land in Wallung zu bringen. Unfähig, mit den Volksvertretern selbst den Kampf aufzunehmen und doch wieder nicht mächtig genug, sich ihrer durch einen Gewaltstreich zu entledigen, läßt sie die Duma walten. Allein diese selbst bleibt doch stets im Gefühl, daß

ihre das Schwert über dem Haupte hängt, während andererseits auch die Stellung der Regierung keine zweifelslose ist. Könnte Gorenshin nicht von Trepoto — könnte er nicht aber auch von Schipow, dem gemäßigtliberalen Semstwoomann abgelöst werden?

In dem Maße, als dieser zweifelhafte Zustand der Spannung sich verschärft, gewinnt die Frage immer mehr und mehr an Wichtigkeit, ob die Reichsduma genügend Kräfte hinter sich im Lande besitzt und wie groß ihre Autorität in den breiten Volksschichten sei. Es fällt jetzt sehr schwer, eine mehr oder weniger richtige Antwort zu geben. Einerseits haben die Wahlen zur Duma die Landbevölkerung unbedingt aufgerüttelt, sie gezwungen, an eine Volksvertretung zu denken. Man kann bereit sagen, daß nichts bis Populartät der Idee einer Volksvertretung so vorwärts gebracht hat wie die Wahlen. Womöglich auch hinter sich sprechen die Bauern nur über die Duma, die ihnen den „Grund und Boden und Freiheit“ bringen muß. Das Gelekt, das den Delegierten gegeben wurde, die Begründung des Tages, an dem die Duma eröffnet wurde, sie zeugen genügend für das Interesse, das die Bauern der Reichsduma entgegenbringen. Man erzählt folgende bezeichnende Episode: In einem Dorfe des Gouvernements Tambow sammelten die Bauern am zweiten Tage nach der Dumaeröffnung vom ganzen Dorfe Geld, mietafen einen Wagen und schickten ihn in die Stadt, um Depeschen über die Duma zu kaufen. In einem Orte, schrieben die Zeitungen, waren die Depeschen mit der Thronrede des Kaisers auf der Eisenbahnstation eins, zwei, drei vergriffen. Ein Arbeiter erwarb sie und freudig erregt trat er an den Schreiber dieser Zeilen heran. Der glaubte, daß der Arbeiter ihm auch die Neuigkeit mitteilen und mit ihm über die Zeitung sprechen wollte. Es zeigte sich aber, daß er nicht lesen konnte und hat, man möchte ihm die gelaufte Zeitung vorlesen. An einem dritten Orte versammelten sich die Bauern in kleinen Häusern und hörten, wie man ihnen über die Duma vorlas. Die Forderung der Amnestie rief bei den Bauern großes Mitgefühl hervor. Einer schlug, als er hörte, wie man aus der Zeitung die erste Rede von Beirunkewitsch vorlas, das Zeichen des Kreuzes und sagte: „Gott sei Dank, wir haben noch solche Leute! Gebe Gott, daß es so geht, wie sie wollen!“

Es ist bei alledem nicht auszurechnen, was an aktiver Kraft für die Duma am Lande lebendig gemacht werden könnte. In den Städten triibt die Entscheidung der Streit darüber, ob die Duma das Genügende oder wieder ob sie nicht zu viel läßt. Läßt der Reaktionär Gringmut in der „Moslatowski Wjedomosti“ die Duma als hochverräterisch zum Auseinandergehen reif sein, so macht sich in den von Benin und seinen Anhängern beherrschten Versammlungen und Blättern, aber auch sonst in radikalen Zeitungen, wie

im „Zwanzigsten Jahrhundert“ überall der Verdacht laut, daß die Duma kompromittiert und nach rechts sich konzentrierte. Stimmung dazu mag bei einem Teile der Kadetten vorhanden sein, aber es hat ihnen vorläufig wirklich die Gelegenheit gefehlt. In der Tat ist vielmehr der gemäßigte Verband der Kadetten mit der Rede Gorenshins gegen Gorenshin recht stark nach links vorgerückt. Und will man europäische Maßstäbe anlegen — was wohl etwas gewagt wäre — so ist uns keine bürgerlich-radikale Partei bekannt, welche die Aufteilung des Bodens in ihr Programm aufgenommen hätte. Es möchte uns fast scheinen, daß heute noch immer die Sünden, welche das weiter regierende Beamtenamt begeht, ein würdigeres und wichtigeres Objekt für eine angreifende Polemik darstellen, als die Fehler, Unzulänglichkeiten und Abirrungen vom Programm, die die Kadetten möglicherweise begehen werden, wenn ihre junge Begeisterung all und fast geworden ist. Am Ende hat es seine Bedenken, den Reaktionären, von denen ein Teil darauf lauert, die Duma zu vernichten, den Anschein zu gewähren, als stünde das Volk nicht hinter seiner Vertretung. Und wenn man meint, die Duma mache sich, indem sie ihr Müßwert leer klappern lasse, auf die Dauer lächerlich, solle sich also selbst den Abbruch geben — so ist wieder zu erwägen, ob die Hungersnot, die die Regierung befolgt, nicht gerade dieses zum Ziel hat. Es kann sein, daß der Duma, wenn alles in dem fruchtlosen Debattieren fortläuft, schließlich nichts übrig bleibt, als sich an das Volk zu wenden, vielleicht sogar zu ihm zurückzukehren. Es kann sein — doch das muß man wohl überlegen, Zeit und Gelegenheit wohl auswählen; und nicht in Panik und Eifer, sondern in voller Einigkeit muß es geschehen.

## Politische Uebersicht.

### Ein neues Polizeistückchen.

Ein wahres Kleinod im Sinne preussisch-deutscher Polizeirei ist das preussische Gesetz über die Aufnahme neuer anziehender Personen, das noch aus dem Jahre 1842 (!!) stammt. Es stellt erst den Grundlag auf, daß keine selbständigen Personen an dem Orte, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen im Stande ist, der Aufenthalt verweigert oder durch lästige Bedingungen erschwert werden darf. Dann aber kommen die Ausnahmen. Nach § 2 Nr. 2 findet auch eine Ausnahme statt:

„Wenn die Landespolizeibehörde es für nötig findet, einen entlassenen Sträfling von dem Aufenthalt an gewissen Orten auszuschließen. Hierzu ist die Landespolizeibehörde jedoch nur in Ansehung solcher Sträflinge befugt, welche zu Sucht aus oder wegen eines Ver-

## Das Stuttgarter Hühelwännlein.

Erzählung von Eduard Mörke.

10) Bald darauf kommt aus dem Tor ein sauberes Bürgermädchen, Bronne Riberten, einer Witfrau Tochter; trägt ein Kräftlein am Arm und wollte Himbeeren lesen im Wuppinger Wald (der hatte seinen Namen von einer Ortschaft auf dem Berg, von welcher hertzutage die Spur nicht mehr vorhanden ist, doch heißt der Wald daher noch jetzt der Wopfer). Indem sie nun über das Brücklein geht, plätscht etwas unten, und so ein paar mal nacheinander. Was mag das sein? denkt sie und steigt hinunter an den Bach. „Heilige Mutter! nagelneue Schuh!“ ruft sie und schaut sich um, ob sie nicht jemand sehe, der sie beglückte oder ihr den schönen Fund tun ließ, weil eben heute ihr Wiegetag war. Sie nahm das Paar, zog es zur Probe einmal an und freute sich, wie gut es ihr pabte, und wie gar leicht sich darin gehen ließ. Bald aber kam ihr ein Bedenken an, und schon hat sie den einen wieder abgetreift, der andere hingegen wollte nicht mehr vom Fuß. Sie drückte, zog und preßte, daß ihr der Schweiß ausbrach, half nichts — und war sie doch so leicht hineingekommen!

Je mehr sie diesem Ding nachdachte, desto verwunderlicher kam's ihr vor. So eine verständige Dirne sie war, am Ende glaubte sie gewiß, die Schuhe seien ihr von ihrer Namensheiligen Peronilla auf diesen Tag bescheert, und dankte alsbald der Patronin aus ehlichem Herzen. Dann zog sie ohne weiteres auch den anderen wieder an, schob ihre alten in den Dedellorb und stieg getroll den Berg hinauf.

Im Wald traf sie ein altes Weib bereits in Himbeerenlesen an. Dieses gesellte sich zu ihr, obwohl sie einander nicht kannten. Während aber nun beide so hin und her suchten, geschicklich, daß sich der Bronne an den linken Fuß eine kostbare Ferkenschur hing, die da im Moos verloren lag. Das Mädchen merkt es nicht und trat beim nächsten Schritt von ungefähr sich mit dem andern Schuh die Schür den linken los; das sah das Weib von hinten, hob heimlich das Geschmeide auf und barg's in ihrem Rad.

Die Schür war keine andere denn jene von der schönen Vou und war an die Tochter des jetzigen Grafen, der schöne Franzengard, von dessen Frau ohne verliert.

Als endlich die zwei nacheinander heimgingen, verließ die lust in den Straßen des Grafen Anrufers, daß gestern im Wuppinger Forst unsern oem Lusthaus ein Muster mit Perlen verloren gegangen, und was es wieder schaffe, dem sollten fünfzehn Goldgulden Finderlohn werden. Da freute sich das Weib, zog eilig ihre besten Kleider an, kam in das Schloss und ward sogleich vor die junge Gräfin gelassen. „Ach Frau, ach liebe Frau!“ rief diese ihr schon in der Tür entgegen, „Ihr habt wohl mein Muster gefunden? Gebt her, ich will es Euch lohnen!“

Nun zog das Weib ein Schächlein hervor, und wie das Fräulein es aufmachte, lagen sechs oder sieben zierliche Mausechwänze drin, nach Art eines Halsbands künstlich geflochten. Das Fräulein tat einen Schrei und fiel vor Entsetzen in Ohnmacht. Das Weib, in Todesangst, lief davon, ward aber von der Wache auf den Gängen festgenommen und in Haft zu polizeilichem Verhör gebracht. Darin bekannte sie nichts weiter, als daß sie da und da den Perlenknopf vom Boden aufgehoben und ihn, so schön, wie er gewesen, daheim in die Schachtel getan, der guten und ehlichen Meinung, das gnädige Fräulein damit zu erfreuen. Im Wald sei aber eine Ahrn an sie geraten, die miß' es mit dem Bösen haben; von dieser sei der Streich. — Weil nun der Graf nicht wollte, daß man bei so bewandten Sachen viel Aufhebens mache, da mit Gewalt hier nichts zu richten sei, ließ man das Weib mit Frieden. Zum Glück kam nichts von ihren Reden an die Bronne: sie wäre ihres guten Uemunds wegen drah verzweifelt.

Nach anderwärts erlebte sie in ihren Wunderschuhen viel Unheil, obwohl der Segen nicht ganz mangelt. Als zum Beispiel ging sie Sonntag Nachmittag gern über einen Wiesplatz hinter ihrem Haus, eine Gephlein zu besuchen, da ließ sie sich ein wie das andere Mal an so ein kleines verteiltes Ding von einem Staken, wie sie pflegen auf Weiden im Wald zu stecken, fiel hin, so lang sie war, hub aber sicher einen Fund vom Boden auf; nicht allemal ein Stücklein altes Goldene, einen silbernen Knopf oder Wirtel, dergleichen oft der Maulwurf aus der Erde stößt, doch war ihr ein ehliches Gänse, noch warm vom Legen, gewiß. Besonders ging es ihr beim Lanz; da sah man sie zuweilen so konträre, wiewohl kunstreiche Sprünge tun, daß alles aus der Fichte kam und sie sich schämen mußte. Als ein gutes und fröhliches Blut zwar zog sie sich nicht mehr als billig zu Gemüt und lachte immer selbst am ersten über sich; nur hieß es hinterdrein: „Schad' um die hübsche Dirne, sie wird mit einem Mal ein ganzer Dapp!“ Die eigene Mutter schiltete den Kopf bedenklich, und eines Tages sagte sie, als ginge ihr ein Licht wie eine Fadel auf, zur Tochter: „Ich weiß, die verraden Schuhe altes sind schuld! Der Pfanz hat mir gleich nur halb gefallen; wer weiß, was für ein Rauner sie hingestellt hat!“ — Das Mädchen hatte selber schon so etwas gedacht, jedoch verstand sie sich nicht leicht dazu, sie gänzlich abzuschaffen; sie waren eben gar zu gut und dauerhaft. Anders ging sie noch jenen Tag zum Weiser Bläse, sich ein Paar neue zu bestellen. Es war derselbige, bei welchem es der Seppel ritt aushalten mögen. Die Bronne sah auf diesen Stüchlein ungern einen anderen sitzen; sie hatte ihn gelannt und gar wohl leiden können.

Wie nun der alte Bläse ihr das Maß am Fuß nahm, rachen ihm die fremden Schuhe alsbald in die Augen. Er nahm den einen so in seine feste Sand, betrachtete ihn flüchtig und lang und sagte: „Da hat Sie was Abartes. Darf man fragen, wo die gemacht sind?“ — Das Mädchen, welches bis dahin von ihrem Fund noch weiter niemand hatte sagen wollen, gab scherzhaft zur Antwort: „Ich hab' sie aus dem Rad ge-

zogen.“ — Die fünf Gesellen lachten, der Alte aber brummte vor sich hin: „Das könnt' erst noch wahr sein!“ Am Abend in der Feterlunde sprach er zu seinem Weib und seiner Tochter Sara: „Ich will Euch etwas offenbaren. Die Riberten hat ein Paar Glückschuh am Fuß; ich kenne das Wöhrzeichen.“ — „Er“, meinte die Tochter aus Reich, „sie haben ihr noch keinen Hausen Geld und auch noch keinen Mann gebracht.“ — „Es kann noch kommen“, versetzte der Alte. — „Wohl“, sagte die Mutter, „wenn man sie ihr nur abführen könnt! Ich wolle so etwas der Sara gönnen.“ — Da beschloffen sie dann miteinander, der Vater solle ein Paar Schuh wie diese machen und die Sara sie heimlich verwechseln.

Der Mann begab sich gleich den anderen Morgen an die Arbeit. So häßlich sie war, dennoch, die feinen, wunderbar genähten Nähte, die rote Fütterung mit einem abgetragenen Stief Leder, alles zumal geriet so wohl, daß er selbst sein Vergnügen dran hatte. Die alte ins Wert zu sehen, ersannen sie bald auch Mittel und Wege.

Nicht bei der Stadt, wo man herauskommt bei dem Tor, welches nachmals, von dortiger Schießstatt her, das Büschentor hieß, sah man zu jener Zeit noch einen schönen, ansehnlichen Weider, ähnlich dem Feuersee, der eine gute Strecke weiter oben demalen noch besteht. Am Ufer war ein Wallen- und Brettergerüst mit Tischchen und Bänken hinein in das Wasser gebaut, wo die Frauen und Dirnen der Stadt ihre Wäsche rein zu machen pflegten. Hier stunden sie manchmal zu vierzig oder fünfzig, seifen und rieben um die Weite und hatten ein Geschier und Geschnatter, daß es eine Lust war, alle mit bloßen Armen und Füßen. Nun bahten des Schusters wohl auf, bis die Bronne das nächste Mal wusch; denn Bläses Haus lag hart am See, und steh das Wasser unten an die Mauer. Auf einen Mittwoch Morgen, da eben schönes warmes Wetter war, kam denn die junge Riberten mit einer Jaine; geschwind sprang auch die Sara mit der ihren und traf es glücklich, neben sie an einen Tisch zu kommen. Da stellten beide ihre Schuh, wie es der Brauch war, unter die Bank. Die Bronne hatte seit acht Tagen heute das erste Mal ihr Glückspaar wieder angelegt, mit Freuden weil sie richtig dieser ganzen Zeit das Maßtag nimmer umgestoßen, das Spinnrad nimmer ausgetreten noch sonst einen bösen Trüß gelan, so wollte sie, des Abends ganz gewiß zu sein, jezo die Gegenprobe machen. Die falsche Diebin war mit den paar Baken, so sie genommen, in einer Kürze fertig, schlug sie zusammen, bildete sich, fiel in einem Umschwen in des Weider's Schuhen, schob ihres Bet's Wechselfalge dafür hin und: „Wüt Gott, Bronne! mach au' bald ein End!“ — mit diesen Worten lief sie fort, frohlachend ihrer wohlvollbrachten Hinterlist. Und als die andere nach drei Stunden, um die Offenszeit, veranlagt auch heimging unter den letzten, nahm sie der Fucherei nicht im geringsten wahr.

Der Beschützer aber, der mußte den Handel haarklein und dachte jetzt darauf, wie er dem Bläse gleich die nächste Nacht den Teufel im Glas zeigen wolle.

(Fortsetzung folgt.)

brechen, wodurch der Täter sich als ein für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlicher Mensch darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurteilt worden oder in einer Korrektilionsanstalt eingesperrt gewesen sind."

Der ehemalige Schneider Wojetechowski aus Oberschlesien, der als verantwortlicher Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ einmal wegen Aufreizung zum Klassenhass, begangen durch die Presse, mit 9 Monaten Gefängnis und zweimal wegen Beleidigung durch die Presse mit 3 und 2 Monaten Gefängnis bestraft worden ist, wurde vom Berliner Polizeipräsidenten als solch ein für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlicher Mensch angesehen und im Oktober 1905 aus Berlin, wo er am 23. September jugen war, ausgewiesen, das heißt, aus dem Landes-Polizeibezirk Berlin und den umliegenden Amtsbezirken.

W. beschwerte sich vergeblich beim Oberpräsidenten und klagte dann beim Ober-Verwaltungsgericht gegen diesen. Er machte geltend, das Gesetz vom 31. Dezember 1842 sei nicht mehr anwendbar. Aber selbst wenn es noch Geltung hätte, würden in seinem Falle doch die tatsächlichen Voraussetzungen für die Ausweisung fehlen. Es handelte sich hier lediglich um Preßvergehen, die ihn unmöglich als einen „für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Menschen“ erschienen ließen. Er sei auch nicht als Neuzuziehender zu betrachten gewesen, da er sich schon im Jahre vorher unbehindert längere Zeit in Berlin aufgehalten habe.

Der Oberpräsident erwiderte: Wie die Polizei die Überzeugung von der Gemeingefährlichkeit des Verurteilten erlangte, sei ihre Sache. Dagegen könne nicht mit der Klage angegangen werden, ausgenommen, wenn Schikane oder Willkür erkennbar wäre. Davon könne hier keine Rede sein. (1) Weiterens müsse ein Mann, der sich der Aufreizung und mehrmaligen Beleidigung durch die Presse schuldig gemacht habe, wie der Kläger, von Berlin und Umgegend ferngehalten werden. Auch könne sich Kläger nicht darauf berufen, daß er sich schon im Jahre 1904 in Berlin aufgehalten habe und damals nicht ausgewiesen worden sei. Er sei ja dann wieder weggerafft, und sei im September 1905, als er wiederkam, auf jeden Fall ein Neuzuziehender gewesen.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage ab als unbegründet ab, indem es davon ausging, daß in seinem Fall die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes von 1842 gegeben seien.

Ja, wir leben im Lande der vollendeten Rechtsstaatlichkeit und der Freizügigkeit!

**Der Kampf gegen die Gewerkschaften** nimmt nun auch in Deutschland neue Formen an. Die Gerichte belagern schon ihre Ställe mit Beschlag. Wie bekannt, haben die beiden Verbände der Lithographen und Steinbrücker — nämlich der Zentralverband der Lithographen und Steinbrücker Deutschlands und der Senefelder-Bund (Unterstützungsbund) — vor Jahresfrist ihre Verschmelzung beschlossen. Dieser Beschluß, der durch eine Urabstimmung im Senefelderbund mit Mehrheit genehmigt war, wurde nun durch 31 Ausschölergen vom ehemaligen Senefelderbund beim Landgericht Frankfurt a. M. mittels Klage angefochten. Diese Herren machten geltend, daß sie sich in Lebensstellung befinden, also niemals von der Gewerkschaftsklasse Vorteile haben würden, daß sie überhaupt nicht mit den Gewerkschaftsprinzipien einverstanden seien — und deshalb beantragten sie die Ungültigkeitserklärung dieses Verschmelzungsbeschlusses der General-Versammlungen. Diese 31 Ausschölergen, die sich der Unterstützung einer Anti-Gewerkschaft, des Lithographen-Bundes, sowie vor allem der Mithilfe des nationalsozialistischen Gewerkschaftsführers Tischendorfser und der jubelnden Zustimmung der Unternehmerkreise erfreuen konnten, hatten mit ihrer Klage Erfolg und auch in der zweiten Instanz. Diese, das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. hat nun dem Verbandsvorstand des Senefelder-Bundes jede gewerkschaftliche Tätigkeit und die Auszahlung der Streikunterstützung untersagt. Wie man hört, soll die Klage schon beschlagnahmt sein. Vielleicht glaubt man, dem Verande dadurch den Kampf unmöglich zu machen, daß er in einer ganzen Reihe von Orten gegen ein scharfes, scharfes Unternehmertum zu führen hat. In der Beziehung dürfte man sich aber sehr bedeutend täuschen, denn die Verbandsleitung hat schon durch Einsetzung einer besonderen Kommission dafür gesorgt, daß die Geschäfte auch ohne den Vorstand, dem die gewerkschaftliche Tätigkeit verboten ist, weitergeführt werden. (Siehe auch unter Arbeiterbewegung in der Sonntag-Nummer.)

**Ein Dokument preussischer Schulpolitik.** In der Landgemeinde Lagerdorf in Pommern, die zirka 4000 Einwohner zählt, eine große Industrie und darum recht viele sozialdemokratische Einwohner hat, waren im vorigen Jahr der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Sinsche zum Schulvorsteher gewählt worden. Die Wahl wurde jedoch von der Regierung nicht bestätigt. Auf die beim Ministerium eingelegte Beschwerde hat der Genosse Sinsche jetzt folgenden Bescheid erhalten:

Ihre gegen unsern Bescheid vom 2. Januar 1906 gerichtete Beschwerde vom 22. Januar 1906 hat der Herr Unterrichtsminister uns mit dem Auftrage überlassen, Sie in seinem Namen abzuweisen zu befehlen. Der Herr Minister ist gleich uns der Ansicht, daß bei Ihrer ausgesprochenen parteipolitischen Stellung mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Sie das Amt als Schulvorsteher, falls es Ihnen übertragen hätte, dazu benutzen würden, den öffentlichen Beschäftigten zur Förderung der Schule geradezu entgegenzuwirken. Sie haben Ihre sozialdemokratische Gesinnung unzweideutig bekundet, sich an dem Kampf um die Grundfragen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung beteiligt und sich damit im schärfsten Gegensatz zu den An-

gaben der Schule gestellt, in die Herzen der Schüler Fördern, vaterländische Gesinnung und Patriotismus zu pflanzen. Auch haben Sie durch Ihren politischen Lebenswandel öffentliche Abergernisse bei denen erregt, welche die zu Recht bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung hochhalten und die Erziehung ihrer Kinder zu gottesfürchtigen und vaterlandliebenden Menschen erstreben. Ihre Bestätigung als Mitglied des Schulvorstandes würde daher den öffentlichen Schulinteressen direkt zuwiderlaufen.

Das ist das ganze Schulprogramm des Staates, der in Deutschland voranzufschreiten will, ein Programm, wie es schlimmer auch nicht in dem neuen Schulverfassungsgesetz enthalten ist. Die Schule soll treue und gehorsame Soldaten, die eventl. auf Vater und Mutter schließen, der Kirche willige Schwestern und dem Unternehmer allezeit zufriedene Arbeiter erziehen. Und trotzdem der Schulvorstand einer holländischen Landgemeinde über die Methode des Unterrichts mir so sagen hat, daß doch kein sozialdemokratisches Mitglied hinein, selbst wenn er, wie in diesem Falle Sinsche, einstimmig gewählt worden ist. Wahrlich, die neue Schulgesetz findet nicht mehr viel an Selbstverwaltung zu vernichten.

**Preussisches Polizeiregiment.** Am 19. Januar wurde ein Komitee in Erfurt eine öffentliche Volksversammlung für den 21. Januar an, zu der, laut Gesetz, auch Frauen und Mädchen Zutritt haben. Der Erfurter Polizei postete das aber nicht, sie „gestattete“ die Versammlung nur dann, wenn die Frauen gewaltlos davon ferngehalten würden und diese ungeordnete Anordnung vorher in der „Tribüne“ bekannt gemacht würde. Die Verschleierung über die Anmeldung einer öffentlichen Versammlung hatte die Polizeibehörde in Erfurt ordnungsgemäß ausgeführt. Der Einberufer der Versammlung beschwerte sich nun beim Regierungspräsidenten gegen die Forderung der Polizei auf Fernhaltung der Frauen und erhielt darauf diesen Bescheid:

Der Regierungs-Präsident Erfurt, an Erfurt, den 12. Februar 1906. Auf die Beschwerde vom 27. v. M. erwidere ich Ihnen, daß ich es ablehnen muß, jetzt noch der Frage näher zu treten, ob die polizeiliche Anordnung wegen Fernhaltens der Frauen und Mädchen von der Versammlung am 21. Januar d. J. im Zivilsaal anzusehen war oder nicht.

Also die eingesezte Instanz lehnt es ab, die Polizeitaten noch zu prüfen, wenn sie bereits getan sind. Demnach kann die Polizei alles, absolut alles! der Regierungsmann untersucht nichts mehr. Der Oberpräsident, der in Magdeburg residiert, hat sich auf die weitere Beschwerde viel tiefer als sein Untergebener herabgelassen und ist in eine Prüfung der Polizeitaten eingetreten. Er schreibt:

Der Oberpräsident Magdeburg, der Provinz Sachsen, den 7. Mai 1906. Die Beschwerde vom 19. Februar d. J. gegen den Bescheid des Herrn Regierungspräsidenten vom 12. Februar d. J. und weiterhin gegen die Verfügung der dortigen Polizeiverwaltung vom 19. Januar d. J., durch welche Ihnen die Abhaltung einer von Ihnen einberufenen öffentlichen Versammlung verboten worden ist, wird nach Prüfung des Sachverhalts als unbegründet zurückgewiesen. Betrinksveranstaltungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert und die entgegen dem Verbot des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1860 von Frauen besucht werden sollen, können von den Polizeibehörden im voraus verboten werden. Da die Voraussetzungen für ein solches Verbot bei der von Ihnen als Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins auf den 21. Januar d. J. einberufenen Versammlung vorlagen, war das Verbot der dortigen Polizeiverwaltung berechtigt. Dr. v. Böttcher.

Herr von Böttcher findet das Polizeivorgehen für berechtigt. Der Oberpräsident gibt im ersten Satz zu, daß es sich um eine öffentliche Versammlung handelt, stempelt aber diese öffentliche Versammlung im zweiten Satz in eine „Vereinsversammlung“ um. Mit diesem Kunststückchen müssen sich von allen öffentlichen Volksversammlungen die Frauen mit Gewalt fernhalten lassen, denn Vereinsversammlungen dürfen sie in Preußen nicht betreten, es sei denn im Segment. Man getraut sich nicht, auch nur mit einer Silbe den Nachweis zu führen, daß die polizeiamtlich bestätigte öffentliche Volksversammlung eine Vereinsversammlung gewesen sei. Fast noch jede Volksversammlung hat derselbe Genosse, der Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins ist, einberufen, weil das sein Amt ist, und die Polizei hat Frauen und Mädchen zugelassen. Man sieht, die Polizei ist auch in Preußen eine ganz schöne Einrichtung.

**Wiener Volksjubel.** Ueber den Besuch Wilhelm II. in Wien läßt sich das „Berliner Tageblatt“ einen ausführlichen Bericht drahten, dem wir vorigetreten folgende Stellen entnehmen:

Abgeschlossen — Bahnhof leer — alle Zugänge geschlossen — viel Polizei — wenige Wiener — ganze Straße ununterbrochen mit Polizeiwagen besetzt — jede Annäherung des Publikums verboten — harte Polizeianforderungen — Polizeiamtanten in Zivil — Benutzer Gassen ganz abgesperrt — Polizei besetzt — Militär koppelte Spalter — hinter dem auf beiden Seiten Polizeispalter. — Nach mir so weitgehende Maßregeln. Das Publikum verdrängte den Kaiser bei der Einfahrt in Schönbrunn mit kühnsten Schreien.

Man bemerkte, von „Publikum“ ist in dem ganzen Bericht keine Rede. Und in anderen Zeitungen wird erzählt, daß alle Gegenden, die Wilhelm II. auf seiner Fahrt berührte, „menschenleer“ und „wie ausgehoben“ waren. Blödsinn, nachdem nur von Polizisten, Soldaten, Soldaten, Polizisten und nochmals Polizisten die Rede war — taucht das obligate „Publikum“ auf, das die obligaten „stürmischen Hochrufe“ anspricht. Und da sagt man noch, daß es heutzutage keine Wunder mehr gibt!

**Der Gerichtsstand gegen die Sozialdemokratie** Zur Zeit der Verbreitung der Wahlrechtsänderung erhielt der sozialdemokratische Vertrauensmann in der rheinischen Industrie- und Handelskammer ein Strafmandat wegen Flugblattverbreitung auf öffentlichen Straße. Er wurde vom Gericht freigesprochen, weil der von der Polizei bezeichnete Junge Arbeiter Hoß unter jenem Titel nicht sagen konnte, daß er den Flugblattverbreiter, der die Verbreitung erziehen bestritten habe, in der Dunkelheit erkannt habe. Als es ursprünglich bekannt geworden war, daß der Arbeiter Hoß den Vertrauensmann wegen des Flug-

blattverbreitens, überdies noch zu unrecht, denunziert haben sollte, stellte ein Freund namens Rigen den Hoß zur Rede, und er sagte zu ihm: Wenn das so ist, dann sind wir keine Freunde mehr.“ Zeugen erklären, Rigen habe zu Hoß gesagt: „Je nachdem, wie das herauskommt, sind wir keine Freunde mehr.“ Der Führer des Flugblattverbreiters erfuhr von dieser Mitteilung, und er brachte sofort Material zusammen, daß die Staatsanwaltschaft inachen glaubte, eine Anklage gegen Rigen wegen Verleumdung zum Zweck zu erheben, um Rigen zu verhaften, und Rigen wurde verhaftet. In der Verhandlung vor dem Landgericht inachen erklärte Hoß als Zeuge, von Rigen nicht beeinflusst worden zu sein; wenn seine Aussage damals nicht bestimmt gefaßt habe, so komme es daher, daß er den Flugblattverbreiter in der Dunkelheit nicht bestimmt erkannt habe. Als Rigen ihn zur Rede gestellt habe, habe er zu diesem gesagt: „Wenn ich schreien muß, sage ich die Wahrheit.“ Rigen habe erwidert: „Das sollst Du auch, aber je nachdem, wie das herauskommt, sind wir keine Freunde mehr.“ Die Aussage wurde von zwei Zeugen bestätigt. Der Staatsanwalt aber beantragte dennoch gegen Rigen ein Jahr Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Das Gericht war allerdings genötigt, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, wie die Beweisnahme sie ergeben hatten. Es erkannte auf Freisprechung unter sofortiger Haftentlassung und Ausübung der Kosten auf die Staatskasse.

In der Urteilsbegründung aber erging sich der Strafammervorsitzende in den schon oben erwähnten Verächtlichkeiten gegen die sozialdemokratische Partei. Er führte aus: Es sei dem Gerichte bekannt, daß die Partei des Ungeheuers der sich selbst als Sozialdemokrat bezeichne, die Partei des Terrorismus sei und auch vor der Beeinflussung von Zeugen nicht zurückstehe. Es sei in hohem Grade wahrscheinlich, daß auch hier diese Absicht vorgelegen habe: der Zeuge Hoß habe den Eindruck gemacht, als habe er unter irgend einem Druck, und er habe auch hier mit der Sprache nicht recht herausgewollt. Unbefangene Zeugen der Verhandlung haben im Gegenteil den Eindruck gewonnen, daß Hoß sehr gewissenhaft in seiner Aussage war und nicht mehr beunruhigt, als er der Wahrheit gemäß sagen konnte. Wie darf der Vorsitzende aber behaupten, daß dem Gerichte bekannt sei, daß die Sozialdemokratie die Partei des Terrorismus sei und Zeugen beeinflusse?

Ein Massenklubbing erfolgte am Freitag im Kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin, indem 58 Hilfsarbeiter die Forderung erhielten. Unter den Betroffenen sind viele schon mehrere Jahre beim Statistischen Amt tätig und erbittert in nicht allzu ferner Zeit die definitive Anstellung zu erhalten. — Gründe sind nicht bekannt.

**Ausland.**

**Die sozialistische Kammerfraktion in Frankreich** hat sich konstituiert und die Genossen Dejeante, Devez und Grouffier zu ihren Sekretären, den Genossen Delora zum Kassierer und Archivar ernannt. In dem Nationalrat der Partei wurden ernannt: Allmann, Broussé, Comblan, Grouffier, Guesde, Raures, Pressense, Rouanet, Sembat, Vallant, Weber, Willm. — Beschlossen wird, die Regierung zu interpellieren über ihre allgemeine Politik, insbesondere über ihre Haltung gegenüber der Arbeiterklasse.

Der Nationalrat hat zu Pfingsten eine Vollversammlung in Paris abgehalten, zu der die Vertreter der Fraktionen in der Zahl von 150 erschienen waren; auch der englische Genosse Mac Donalds wohnte der Sitzung bei. Nachdem die Delegierten Bericht über die letzten Wahlen gegeben, wurde die Wahl zweier Kommissionen vorgenommen, die eine hat die Kritik der Partei zu diskutieren und eine Prinzipienklärung auszuarbeiten, die andere erhält den Auftrag, die Organisationsverhältnisse im Parteigebiet zu untersuchen, wo zwei verschiedene Parteifraktionen den Eintritt in die geeinte Partei fordern.

**Der Krieg der Engländer gegen die Russen in Korea** scheint in vollem Gange zu sein. Die englische Abteilung unter Oberst Madgenie wurde von Rulungern in der Nähe von Mandchao angegriffen. Die Russen kamen, Kriegstruppen ausstehend, plötzlich aus dem Busche hervor. Die englischen Truppen empfingen sie mit einem vernichtenden Feuer, nichtsdestoweniger lawen sie dicht an die Engländer heran. Es kam an einem Handgemenge, in dessen Verlauf die Russen verlor, den Engländern die Gewehre aus den Händen zu reißen. Schließlich wurden die schwarzen Russen trotz ihrer Tapferkeit in die Flucht geschlagen. Ueber 100 Russen blieben als Leichen auf dem Kampfplatze, während einige hundert verwundet wurden. Die englischen Verluste beziffern sich angeblich auf 4 Tote und 7 Verwundete.

**Aufstand in Korea?** Nach Meldungen aus Tokio soll der Aufstand in Korea gegen die japanische Oberherrschaft einen bedeutenden Umfang angenommen haben. Das Zentrum der anti-japanischen Bewegung scheint die Stadt Hongin zu sein, die von einer Mauer umgeben ist. Die Japaner sprengen das Nord-Osttor mit Dynamit und besetzen die Stadt, nachdem sie die Koreaner in die Flucht getrieben hatten. Sechzig Koreaner wurden getötet. Die Koreaner töteten sich, indem sie 30 japanische Einwohner der Stadt ermordeten.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Partei und Gewerkschaft.** Zu dem Streitfall, der am Anlaß der Maifeier zwischen der Berliner Leitung des Metallarbeiter-Verbandes und den Berliner Parteifunktionären entstanden war, veröffentlichten die beteiligten Instanzen nunmehr folgende Erklärung:

In der Maifeier-Angelegenheit des Werkes Brunnenstraße der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft fand am Freitag, den 1. Juni 1906, eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin statt. Diese gemeinsame Konferenz beschloß nach mehrstündiger eingehender Beratung einstimmig folgende Resolution: „Die am 1. Juni 1906 stattgefundene Sitzung der Vertreter der betreffenden Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin erkennt nach Prüfung der Sachlage, daß bei den Vorbereitungen zur Maifeier in dem Betriebe der A.-E.-G. Brunnenstraße mehrere Unklarheiten entstanden, die denjenigen Arbeitern, welche die diesbezüglichen Beschlässe nicht acht haben, zugute gerechnet werden können. Immerhin bleibt das Verhalten dieser Arbeiter auf scharfe zu rügen. Die Verammlungen sind der Meinung, daß es mit dieser hiermit ausgesprochenen Rüge jedoch sein Bewenden haben soll und empfehlen, von einem Ausschluß dieser Arbeiter aus der Organisation abzusehen. Die Parteivertreter bemerken ausdrücklich, daß dadurch ihre frühere, in dieser Angelegenheit abgegebene Erklärung nicht geändert wird.“

Ein sonderbares Einigungsverfahren versuchte man in Halle an dem Genossen Reichmann, dem Bevollmächtigten des zu Pfingsten eröffneten Volkspartes. Das Schicksal will es, daß unter Grundstich vis-à-vis dem Grundstich eines „Mitbürgers“, des Kommerzienrats Lehmann, liegt. Da Herr Lehmann als der wohlhabendste Mann Halle gilt, so ist es nicht verwunderlich, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, und da im Volkspartei der größte Saal Halle stehen soll, in dem die „Unfallversicherung“ propagiert werden sollen, so dürfte Herr Lehmann sein prächtiges Gegenüber nicht allzu große Freude bereiten. Mag schon sein, daß die Herren Reichsverbändler sich benutzend fühlen, wenn sie bei diesen Beratungen immer die Hydra der Revolution vor Augen haben. — Es fiel uns daher nicht auf, als sich kürzlich ein unbekannter Herr aus unseren Genossen Reichmann herausschobte und sich erbot, ihm unter Grundstich mit einem riesigen Preisanschlag abzulauern. Unser Genosse sollte „nur“ 100,000 Mk. dabei verdienen.“ Natürlich ging er auf den Verrat nicht ein. Der Unbekannte hatte es abgepaßt, unseren Genossen unter vier Augen zu sprechen. Als sich aber unser Genosse bemühte, die Personalien des sonderbaren Käufers zu ermitteln, da verstand der Unbekannte.

**Aus Russland.**

**Rennerkampf Generalgouverneur.** Wie bekannt, soll General Rennerkampf an Stelle Dubassows zum Wostokauer Generalgouverneur ernannt werden.  
**Zwei politische Prozesse** haben in Petersburg bevor. Die Staatsanwaltschaft hat beschlossen, alle schwebenden Gerichtsverfahren gegen die Sozialrevolutionäre und die Demokraten in zwei Wasserprozesse zusammenzufassen. Die Zahl der Angeklagten dürfte sich in jedem der beiden Prozesse auf Hunderte belaufen.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 7. Juni.

**Der dritte Aufreizungsprozess.**

Schon wieder hat sich ein Redakteur unseres Blattes auf Grund des von den Staatsanwälten gern gesehenen § 130 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Nach Uebe und Mühs folgt am heutigen Donnerstag der Genosse Albert der Einladung der ersten Strafkammer, sich wegen der Beschuldigung, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten verübt zu haben, zu verteidigen. Es handelt sich, wie unseren Lesern noch bekannt sein dürfte, um jene Rede am 1. Mai, die Genosse Albert im "Tribun" gehalten hat. Nabezu 2 Stunden ließ ihn der überwachende Kommissar Aunert die Bedeutung des 1. Mai als politische Demonstration den Versammelten darlegen. Ruhig hörte er zu, wie der Redner das Wörtchen "Nicht durch Verbot, sondern durch Ungehorsam werden die Völker frei", an zahllosen Beispielen aus England, Frankreich, der Schweiz und Deutschland illustrierte. In dem Augenblicke aber, als Albert an dem Stamme des russischen Worts zeigen wollte, daß das obige Dichterwort von den Völkern verstanden wurde, löste der Beamte, kaum daß ihm das Wort "Russland" im Ohr tönte, die Versammlung kurzerhand auf. Die Versammelten waren sich des Ernstes der Situation bewußt und gingen ruhig auseinander.

Obwohl nun die Versammlung ruhig und würdig verlaufen war, auch während der Rede nicht die geringste Erregung zeigte, glaubte der Polizeipräsident in Wien, daß durch die Rede die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werde und ließ noch an demselben Abend unseres Weltfeiertages den Genossen Albert verhaften. Die Ursache der Verhaftung kannte der ihn abholende Polizeikommissar Stodmann selbst nicht. Erst am anderen Mittag erfuhr A. vom Untersuchungsrichter, daß er in seiner Rede „zu Gewalttätigkeiten aufgereizt“ und — „zum Widerstande gegen die Staatsgewalt aufgefordert“ habe.

Nun sollte aber nachgerade auch ein Richter wissen, daß Sozialdemokraten überhaupt nicht den gewalttätigen Kampf propagieren, namentlich dann nicht, wenn die Arbeiterklasse noch politische Rechte und Freiheiten als Waffen in Händen hat. Und ebenso sollte man auch wissen, daß sozialdemokratische Redakteure noch niemals vor der Verantwortung ihrer Handlungen gestücht sind, selbst dann nicht, wenn die Situation für sie viel schlimmer war wie in diesem Falle. Nichtsdestoweniger erklärte der Untersuchungsrichter Suble den Angeklagten, trotzdem Klauktion in bester Höhe angeboten worden war, trotzdem er verheiratet und Familienvater ist, für „Achtverdächtig“ und ordnete die Fortdauer der Untersuchungshaft an! Erst am 4. Tage hob die 2. Strafkammer den Haftbefehl auf und ließ den „Verbrecher“ frei.

Die Verhandlung findet vor der ersten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lent statt. Die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen des Rechtsanwalts Simon. Es sind 13 Zeugen geladen, darunter Professor Werner Sombart, Redakteur Winkler von der „Morgenzeitung“, die Redakteure Mühs und Radlof, sowie mehrere Teilnehmer der aufgelösten Mai-Versammlung und der Polizeikommissar Aunert. Da die Verhandlung erst gegen 12 Uhr beginnt, können wir über den Verlauf und das Resultat erst morgen näheres berichten.

**Sozialdemokratische Ausbeutung.**

Unter dieser Spitzmarke bracht Dehke aus der Rede aneres Genossen Heymann auf dem polnischen Parteitage den von der Ueberlastung unserer Parteisekretäre handelnden Passus ab und knüpft daran folgende schroffe Bemerkungen:

„Das ist also eine Ausbeutung und eine Gefährdung der Genossen, wie sie ärger nicht gedacht werden kann, und wie sie in den sozialdemokratischen Verbänden trotzdem als Regel besteht. Diese Genossen wollen die ganze Welt reformieren, aber ihre eigenen Geschäfte verstehen sie nicht ordnungsmäßig zu verwalten. „Wohltätigkeit beginnt zu Hause“, heißt ein altes, wahres, englisches Sprichwort. Die Genossen sollten also lieber vor ihren eigenen Taten rein lehren, anstatt sich als die Richter und Herren der ganzen Welt aufspielen.“

Wer im Glashaufe sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Wer selbst einem Mitarbeiter zehn Mark Monatslohn gewährt und ihn dann auf das lärgliche Honorar spärlich abgenommener Berichte verweist, sollte nicht von Ausbeutung sprechen. Die Ueberlastung unserer Parteisekretäre kommt nicht so sehr davon, daß ihr Dienst in den Redaktionen ein alle Kräfte übersteigender ist, sondern daß sie mit Rücksicht auf die eigenartigen Parteiverhältnisse bisher den größten Teil ihrer freien Zeit freiwillig der Partei und dem Proletariat geopfert haben. Aber wir sind ja auch bemüht, zu bessern und zu „reinigen“. Zu diesem Zweck hat der Schlesische Parteitag doch jene Mißstände öffentlich festgestellt. Dehke freilich würde das nicht gewagt haben, denn sonst hätte er schon längst einmal gründlich den Besen zu führen anfangen müssen.

\* **Der Friedensschluß im Sanguerwerke.** Die Mitglieder-Versammlung der Zimmerer am Mittwoch, die einen erregten Verlauf hatte, nahm mit 150 gegen 108 Stimmen den vom Arbeitgeberverbande übermittelten Tarifvertrag an.

**Zur Aussperrung in der Metallindustrie.**

In der öffentlichen Versammlung der ausgesperrten Holzarbeiter am Mittwoch erstattete Peickert einen Bericht über den Stand der Aussperrung. Während in Braunschweig und Hannover eine Einigung erfolgt sei, bestiehe in Breslau der Kampf vorläufig weiter. Hier sei die Aussperrung über die vom Gewerbeverein und im christlichen Verbände Organisierten auch nur aufgehoben worden, weil die Industriellen versuchen wollen, mit dieser Maßnahme mehr Arbeitswillige zu fiebern, um auf diese Weise die Aussperrung über die im Metallarbeiter-Verbande Organisierten länger ausdehnen zu können. Die Unternehmer dürften sich in dieser Annahme arg getäuscht haben. Es stehe dahin, ob die Gewerkeinnehmer der Holzbranche wirklich die Arbeit bedingungslos aufnehmen werden. Das würde einem Verrat an der Arbeitersache gleich kommen, nachdem in einer kombinierten Sitzung des Gewerbevereins, des christlichen und des Holzarbeiterverbandes unterschrieben beschlossen worden ist, die Arbeit nur geschehen lassen zu wollen. Unterschrieben ist das Protokoll von Peickert, Sebel (H.-D.) und Grapke (Chr.). Die Sitzung fand am 1. Juni statt und es wurde in derselben bekannt gegeben, daß Mittwoch, den 6. Juni, eine öffentliche Versammlung der ausgesperrten Holzarbeiter stattfinden wird. Es war nun vorauszusetzen, daß die Hirsch-Dunder'schen Gewerkeinnehmer sich offiziell an der Versammlung beteiligen werden, das sei aber nicht geschehen, sie hätten selbst eine Versammlung ab und ihr Generalrat Bamberg schiene den Treubruch zu sanktionieren. Bei allen Gelegenheiten habe man gezeigt, daß man sich mit dem Gewerbeverein und den christlichen solidarisch erklären und mit ihnen gemeinschaftlich handeln wolle, aber das Beispiel, das die Hirsch-Dunder jetzt geben, beweist aufs neue, daß sie hündelstülpig nicht sind und man werde die nötigen Konsequenzen daraus ziehen müssen. Allerdings sei es richtig, daß ein Teil der Mitglieder des Gewerbevereins die Arbeit nicht bedingungslos aufnehmen wollen, mögen diese dem Verbände sich anschließen, sie würden unterstützt werden. Die Kollegen werden sich durch den Verrat der anderen Organisationen nicht irremachen lassen. Der Kampf nehme seinen Fortgang, die Situation liege jetzt weit günstiger denn je, zur bedingungslosen Arbeitsaufnahme liege nicht der geringste Anlaß vor. Die Kollegen Agmann und Dietrich kennzeichnen das Verhalten des Gewerbevereins als ein verwerfliches, mögen sie mit den Unternehmern zusammenhaken, sie schaden sich dadurch nur selbst. Kollege Ehrlich vom Gewerbeverein führte an, daß nach Aufhebung der Aussperrung die Kollegen, die sich weigern, die Arbeit aufzunehmen, als Streikende angesehen werden und demgemäß keine Unterstützung erhalten. Dazu also ist der Generalrat nach Breslau gekommen, um die Mitglieder zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu zwingen. Dietrich sagte dem Kollegen Ehrlich, was die Mitglieder unter diesen Umständen zu machen haben, und Ehrlich antwortete, man werde sich danach richten. Es wurde noch mitgeteilt, daß Direktor Blauel mit der Kommission der Holzarbeiter verhandeln wolle.

Auch die streikenden und ausgesperrten Former und Gießereiarbeiter hielten am Mittwoch eine Versammlung ab. In dieser Versammlung wurde nach eingehender Berichterstattung und Diskussion über den gegenwärtigen Stand der Bewegung die Fortführung des Kampfes gut geheißten. Berichtet wurde noch, daß die Arbeitsaufnahme durch die Christen und Hirsche ohne jeden Einfluß sei, da die Zahl zu gering ist und die Unternehmer damit keineswegs ihre Betriebe aufrecht erhalten können. In einigen Betrieben hat man übrigens den sich zur Arbeit meldenden Gewerkeinnehmern erklärt, sie könnten wieder zu Hause gehen und brauchen erst wieder zu kommen, wenn die anderen Metallarbeiter anfangen zu arbeiten.

Auch im gegenwärtigen Augenblick werden von den Gewerkeinnehmern, sowohl von den Holzarbeitern wie Metallarbeitern, „Bettelmarken“ herausgegeben. Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß von den beteiligten Organisationen keinerlei Sammlungen veranstaltet sind und fordern daher auf, die von den Gewerkeinnehmern verschickten Marken unter allen Umständen zurückzuweisen.

Soeben wird uns noch aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß der hiesige Gewerbeverein der Metallarbeiter und Maschinenbauer (Hirsch-Dunder) Streikbrecher vermittelte. Er hat nämlich nach Kattowitz geschrieben und von dort drei Former nach hier beordert, die in der Gießerei von Ernst Hoffmann, Klosterstraße, in Arbeit traten. Außerdem hat der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein die Arbeiter in den anderen Betrieben aufgefordert, bei Ernst Hoffmann als Former usw. tätig zu sein. Es ist gut, daß dieses Verhalten der Hirsch-Dunder'scher noch rechtzeitig öffentlich festgenagelt werden kann.

In dem gestrigen Bericht ist übrigens ein fälschlicherweise Druckfehler enthalten. Es muß bei den Angaben über die in Hannover gewährten Zugeständnisse nicht heißen ausschließlich, sondern einschließlich.

\* **Der Breslauer Töplerstreik** beginnt immer mehr seine Wellen über die Provinz zu treiben. Wegen dieses Streiks sind nunmehr auch in Briege in drei Töplerereien 80 Mann der freien Gewerkschaften am gestrigen Mittwoch ausgesperrt worden. 2 Hirsch-Dunder'sche und 1 Unorganisierte sind stehen geblieben.

**Mitteilungen aus den Gewerkschaften.**

\* **Achtung, Bauarbeiter!** Heute Donnerstag, Abends um 8 Uhr, findet die Mitglieder-Versammlung der Bauarbeiter statt, worauf besonders hingewiesen wird. Die Ortsverwaltung.

\* **Achtung, Maurer!** Heute Donnerstag, Abends 8 Uhr, findet im großen Saale des „Kronprinzen“ auf der Kurzen Gasse eine Mitglieder-Versammlung statt. Die überaus wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

\* **Achtung, Bauhilfsarbeiter!** Unsere Zeitungs-Kolporteurs kommen diese Woche noch in Besitz der Fragebogen zur Aufnahme einer Arbeitslosen-Statistik. Es ist daher dringend notwendig, daß jeder Kollege genau angibt, oder zu Hause hinterläßt, ob er am Mittwoch, den 6. Juni, in Arbeit gestanden, ob er krank oder arbeitslos gewesen ist, nur dann wird es uns möglich sein können, eine genaue Statistik fertigzustellen. Die Kolporteurs können diese Fragebogen im Bureau in Empfang nehmen.

Die Lokalverwaltung des Bauhilfsarbeiterverbandes.

**Aus Schlesien und Posen.**

**Ueber den Görtlicher Aufreizungsprozess**

Der unserer dortigen Genossen Uebe einen Monat Gefängnis eintrug, berichtet die „Görtlicher Volkszeitung“ unter anderem noch folgendes:

In circa 40 Ortschaften des Görtlicher und des Deubaner Landkreises, in die die Flugblätter direkt verschickt waren, waren dieselben aber verteilt worden, ohne daß sich irgend jemand zu Gewalttätigkeiten aufgereizt hätte. Genosse Uebe bestritt, daß das Flugblatt einen strafbaren Inhalt habe. Die Sozialdemokratie führe einen Kampf mit geistigen Waffen. Deshalb habe er gar nicht an Gewalttätigkeiten denken können. Der Erste Staatsanwalt, Beheimrat Kammann, der die Anklage selbst vertrat, beantragte die Verlesung des Aufrufs des Sozialistischen Bureaus in Brüssel aus Nr. 303 der „Gört. Volksztg.“ des vorigen Jahres! In diesem Aufruf wird auf die russische Revolution hingewiesen und die Sozialdemokraten aller Länder werden aufgefordert, am 22. Januar in Versammlungen der russischen Völker zu gehen und für sie Geld zu sammeln. Der Angeklagte erklärte, daß er diesen Aufruf nicht gelesen hat. Genosse Müller erklärt unter dem Zeugeneide, daß weder vom Parteivorstande in Berlin noch von der örtlichen Parteileitung für Görtlich irgendwelche Straßenumgebungen beschickt waren. In einer Verlesung, die vor der Flugblattausgabe stattfand, sei die Frage erörtert worden, ob, ohne daß eine Anregung gegeben würde, sich etwa an die Versammlungen Straßenumgebungen anschließen könnten. Diese Frage sei auf Grund der Kenntnis der örtlichen Verhältnisse verneint worden. Die Versammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht seien im vorigen Jahre, und zwar erst für einen Dienstag, längst festgelegt gewesen, als der Aufruf des internationalen Bureaus erschien. Um dem Aufrufe des internationalen Bureaus pro forma entgegenzukommen, seien die Versammlungen dann auf den 21. Januar verlegt worden. — Polizeikommissar Segger erklärte als Zeuge, daß ihm bekannt sei, daß die Sozialdemokraten sich stets gegen Straßenumzüge ausgesprochen hätten, wenn hier von Frauböse und anderen Anarchisten in Versammlungen solche angeregt wurden. — Der Erste Staatsanwalt fand in dem Hinweisen auf Russland, Oesterreich und Sachsen sowie in der Stelle: „Erhebt auch Ihr Euch einmütig in gewaltigen Massen und gebt Euren Willen laut und unerschütterlich kund“ die Tatbestandmerkmale des § 130 erfüllt. Unter Hinweis auf die Praxis der russischen Sozialdemokratie, wo das souveräne Volk Todesurteile erteile, während man in Deutschland die auf Grund der Gesetze vollzogenen Hinrichtungen kritisiere, blies dem Ersten Staatsanwalt unter anderem zum Beweise, daß die Sozialdemokratie in Deutschland — auch gewalttätige Mittel anwenden wolle! Zum zweiten bestritt sich der Erste Staatsanwalt auf die Tendenz der „Gört. Volksztg.“, die zu lesen kein Genoss sei. (99 1/2 Prozent unserer Leser sind darin sicher anderer Ansicht. D. Red.) Er habe wegen des Strafantrages wegen Verleumdung gegen die „Görtlicher Volkszeitung“ haben wollen, die Genehmigung sei aber nicht erteilt worden.

Der Erste Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Der Verteidiger Dr. Lebi wies demgegenüber darauf hin, daß hier nur das Flugblatt zur Anklage liege und nicht der Aufruf des internationalen Bureaus und die Tendenz der „Görtlicher Volkszeitung“. Der inkriminierte Passus lenne von Sozialdemokraten nicht im Sinne der Anklage gedeutet werden. Nach der gesamten sozialistischen Weltanschauung wird angenommen, daß der Sozialismus mit innerer Notwendigkeit zum Siege gelangen müsse und deshalb würde die Anwendung der Gewalt als ungewaltsam zu betonen. Weder hier noch sonstwo in Preußen, wo die Flugblätter verteilt wurden, sei es zu Gewalttätigkeiten gekommen. In Oesterreich sei es überhaupt nicht zu Gewalttätigkeiten gekommen, sondern dort hätten nur, und zwar ganz ungeführt, Straßenumzüge friedlicher Massen stattgefunden, wie sie zum Beispiel in England und in romanischen Ländern längst Volkssitte seien. Wenn dieselben Flugblätter seien von deutschen Strafkammern schon freigesprochen worden. Der Verteidiger bestritt die Begründung der Freisprechung durch die Strafkammer Oberfeld. Dasselbe treffe auch hier zu. Wenn aber trotzdem eine Verurteilung erfolgen sollte, so sei eine Geldstrafe am Platze. — Hiergegen wandte sich der Erste Staatsanwalt: Geldstrafen würden von der Partei bezahlt, die 10.000 Mark aus der Westentasche hole, wenn sie zum Beispiel als Reaktion für einen Redakteur gebraucht würden. Nur eine Gefängnisstrafe würde empfindlich treffen. — Die Strafkammer sah in den Hinweisen auf das Ausland und in der Stelle: „Erhebt auch Ihr Euch usw.“ die Voraussetzungen des § 130 gegeben. Es brauche nach der Justizatur hierbei nicht zu Gewalttätigkeiten zu kommen. Es genüge, wenn der Angeklagte das Begehren haben mußte, daß es zu solchen kommen konnte. Da eine Geldstrafe den Angeklagten nicht treffe, sei auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat, auf Einziehung der Flugblätter und Unrechtharmmachung der Platten erkannt worden.

Dieses Urteil erregte in den Arbeiterkreisen der Stadt ungetrübtes Aufsehen und bildete allgemein das Witzgespräch. Kein Wunder. In Berlin werden eine halbe Million Exemplare des gleichen Flugblatts verteilt. Das Landgericht beschließt die Einstellung des Verfahrens. In Oelsberg erfolgt wegen der gleichen Flugblätter ein Eröffnungsbescheid, aber die Strafkammer spricht frei. In Görtlich wird Genosse Uebe wegen der gleichen Flugblätter zu einem Monat Gefängnis verurteilt!

**Neueste Nachrichten.**

**Metallarbeiterausstand.**

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Saargemünd sind 1600 Metallarbeiter der Burbacher Hütte nach Verweigerung ihrer Forderungen in den Ausstand getreten. Die Verwaltung der Hütte lehnt jede Verhandlung ab und verbietet den Arbeitern, sich zu organisieren. Der christliche Bergarbeiterverband des Saarreviers hat den Streikenden Unterstützung zugesagt.

Der bekannte Philosoph Eduard von Hartmann ist seiner Wohnung in Groß-Lichterfelde gestorben.

**Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universität Sternwarte.**

	6. und 7. Juni.	Abend 9 Uhr.	Morgens 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 17,8	+ 12,5	+ 9,1
Luftwärme bei 0' (mm)	75,4	75,3	75,1
Luftdruck (mm)	7,8	5,3	5,0
Luftfeuchtigkeit (pct.)	58	53	70
Wind (N-S)	N 2	N 5	N 5
Wetter	bewölkt	heiter	bewölkt

Literatur.

Die höchsten Erfahrungen bekräftigen immer wieder aufs neue, wie wenig die Kenntnis des Arbeiterrechts verbreitet ist. Darum ist es zu begründen, wenn erneut der Versuch gemacht wird, die Verbreitung der Rechtskenntnis zu fördern. Dilem Zweck dient das vom Genossen Winkler vollständig neu bearbeitete Heftchen: **Werkbühlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis**, Preis 10 Pf., Verlag von Rich. Vopina, Leipzig, Neubrückenstraße Nr. 11. Hier wird die Aufgabe glänzend gelöst und in knappen aber erschöpfenden Sätzen das Arbeiterrecht nach dem Vorkrieglichen Gesetzbuch, der Gewerbeordnung und den Nebengesetzen dargestellt, sowie das Klageverfahren vor den Gewerbeämtern erläutert. Das Heftchen eignet sich wegen seines niedrigen Preisbezugspreises vorzüglich zur Kreisverteilung an die Mitglieder. Der Preis beträgt außer Porto bei 100 Exemplaren 5 Mark, bei 1000 Exemplaren 15 Mark.

Ständesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. 11. Mauerer August Jägle, 65 J. - Kal. Fabrikmeister Emanuel Müller, 58 J. - Arbeiter Johann Dindas, 47 J. - Tischlergehilfen Theresia Karger, geb. Simon, 65 J. - Klempnergehilfe Bruno Dabritz, 20 J. - Handlungsreisender Viktor Meitza, 27 J. - Kaufmannsfräulein Margarete Strauß, geb. Reichmann, 23 J. - Bedienerin des Hausbesizers Daniel Schanitz, 1 J. - Arbeiterin Ida Kowar, 14 J. - Arbeiterin Adolfs Galtke, 38 J. - Pötte, T. des Baugewerksbesizers Friedrich Wilding, 4 J. - W. W. des Klempnermeisters Gustav Meier, 2 J. - Buchhalterin Friede Langer, geb. Reichow, 19 J. - Fein-Tischlerin Gertr. Ludy, 62 J. - Polonowführerin Anna Pich, geb. Witzke, 51 J. - Kaufmann Moritz Adler, 38 J. - Kaufmann Leopold Perme, 48 J. - Delene, T. des Eisenbahnschlossers Julius Reich, 1 J. - Arbeiterin Bertha Anwand, 21 J. - Fern-Geflügel-Aufseher August Wille, geb. Neumann, 60 J. - Kofler, S. des Tischlermeisters Adolf Wolff, 5 Mon. - Veredel-Gesellschafter August Neumann, geb. Wanz, 42 J. - Arbeiter Hermann Widwig, 43 J. - Schuhmachergeselle August Böhm, 55 J. - Veredel-Gesellschafterin Maria Schlawig, geb. Freiler, 81 J. - Arbeiter Bernhard Hauke, 55 J. - Ewald, S. des Kaffeehändlers Paul Weigert, 3 Mon. - Anna, T. des Arbeiters Heinrich Staske, 9 Mon. - Kaufmann Friedrich Dittich, 49 J. - Walter, S. des Restaurateurs Hermann Neuberger, 10 Mon. - Kommissar Kurt Stenzel, 21 J. - Kontordienstler Josef Klein, 27 J. - Elisabeth, T. der verw. Weichenheller Elisabeth Stephan, geb. Reisch, 9 J. - Albert, S. der Arbeiterin Wilhelmine Reiner, geb. Kaiser, 3 J. - Johann, S. des Weinbauers Johann Otto, 3 J. - Elfe, T. des Buchhändlers Julius Schade, 3 J. - IV. Buchhalterin Maria Perold, geb. Herde, 45 J. - Gerhard, S. des Veredlungs-Beamten Wilhelm Kleinmichel, 5 Mon. - Erdmüllermeisterin Pauline Wicke, geb. Wiltz, 68 J. - Privatier Emma Weller, 54 J. - Buchhändler August Franz, 41 J. - Elisabeth, T. des Vorstandsmitgliedes Josef Christoph, 4 J. - Gertrud, T. des Buchhändlers Richard Schwarz, 1 J. - Ober-Telegraphen-Telegraphenführer Johann Urbanow, 50 J. - Rentier César Schafal, 65 J.

**Briefkasten.**  
W. Sch., Neumarkt. Wenn eine Straße für Fußwerk gesperrt ist, so darf sie auch nicht von Radfahrern passiert werden. Die Radfahrer sind den übrigen Fußgängern gleichgestellt.  
G. E., 150. Sie können Ihre Tauben in der angegebenen Zeit ausfliegen lassen.

**Notierungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.**  
Breslau, 6. Juni.  
Pro 100 Kilogramm

Ware	mitte	niedr.	höchr.	niedr.	höchr.	Sort.
Weizen, weißer	17.80	17.00	16.80	16.40	16.30	16.90
Weizen, gelber	17.70	16.90	16.80	16.40	16.30	16.90
Roggen	15.90	14.70	14.60	14.40	14.30	14.10
Wassermehl	16.00	15.60	15.50	15.00	—	—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Malz	16.50	16.00	15.90	15.50	15.40	15.00
Viktoria-Erbfen	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50	14.50
Erbfen	18.00	17.50	16.30	15.90	14.50	14.00

Den pro 50 Kilogramm 2.30—2.50 Mk.  
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.

**Breslauer Mehlmarkt.** Mehl fest, per 100 Kilogr. inkl. Sad brutto, Weizenmehl 00 fest, 23.75—24.25 Mk. Roggenmehl 00 ruhig, 21.75—22.25 Mk. Roggenmehl 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Vereins-Kalender. Breslau.

**Im Partei-Sekretariat,**  
Neue Graupenstr. 5/6, III., werden jederzeit Annahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmebescheinigungen sowie Verzeichnisse auf die „Volkswacht“ zu haben.  
Rechtsanwältinnen können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden.  
Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.  
**Arbeiter-Sekretariat Breslau,**  
Nikolaistraße 18/19.  
Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittags).  
**Gewerkschaftsbund,**  
Donnerstag, den 7. Juni:  
Bauhilfsarbeiter. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im großen Saale.  
Steinarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung Zimmer 1.

**Maler.** Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.  
**Tabakereververband.** Mitglieder-Versammlung mit Vortrag des Dr. Landsberg. Abends 8 Uhr. Zimmer 3 u. 4.  
Sonntags, den 9. Juni:  
Glumerever. Jeden Sonnabend: Abends.  
Sonntag, den 10. Juni:  
Namer und Hilfsarbeiter. Vorm. von 9—11 Uhr: Zählstelle, von 11 Uhr ab Versammlung. Zimmer 1.  
Steinarbeiter. Mitglieder-Versammlung. Nachmittags 8 Uhr. Zimmer 1.  
Machinisten und Feinverarbeiter (Nat. Betriebe). Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.  
Maler. Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.  
Steinarbeiter. Vormittags 10—12 Uhr: Kassenabg. Zimmer 7.  
Montag, den 11. Juni:  
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.  
Dienstag, den 12. Juni:  
Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung für Schuhmacher und Näherinnen. Zimmer 2.  
**Wittelsungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**  
Land-Distrikt 2. (Deutsch-Pfisa und Umgegend.)  
Jeden zweiten Sonnabend im Monat: Abends im bekannten Lokale.  
Land-Distrikt 3.  
Bezirk 3. Sonntag, den 10. Juni, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder und Zähltag im bekannten Lokale.  
Land-Distrikt 4.  
Bezirk Sachwitz und Paschwitz. Sonntag, den 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr: Zähltag im bekannten Lokale.  
**Dolan.** Maurer. (Zweigverein Dolan.) Sonntag, den 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „zum Stern“: Mitglieder-Versammlung.  
**Waldeburg.** Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „zum Stern“ in Altmasser: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Parteisekretärs, Genossen Neufirth-Breslau: „Wie bauen wir unsere Parteiorganisation aus?“ — Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.  
**Neustadt Oe.** Wahlverein. Sonnabend, den 9. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Provinzial-Parteitag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wünscht Der Vorstand.  
Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Radlof. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schöps. — Druck von Th. Schafly G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

**Ruba-Seife** ist im Gebrauch immer noch die billigste und beste, weil reine Kernseife und bei hoher Waschkraft sparsam im Verbrauch. 1896  
Alleiniger Fabrikant: Rudolph Balhorn, Breslau.  
Verkaufsstellen: I. Neue Schweidnitzstrasse 4. II. Friedrich-Wilhelmstr. 8. III. Albrechtstr. 3 (erstes Viertel vom Ring). Fabrik: Stolnstrasse.

**Lieblich's Etablissement**  
Leichen 1646.  
**Cabaret**  
Roland von Berlin  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
In Sachen: Horschler!

**Victoria-Theater**  
(Simmentaler Garten).  
Schauspiel  
**Cabaret**  
„Zum Klimperkasten“  
Neues Programm.  
Anfang präzis 8 Uhr.

**Zirkus Busch**  
Donnerstag, den 7. Juni 1906.  
Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende ca. 10 1/2 Uhr.  
**Grosse Vorstellung.**  
Um 8 1/2 Uhr. Um 9 1/2 Uhr.  
**Schwester**  
**Athletas**  
mit ihren schwebenden Kunststücken.  
Um 8 1/2 Uhr. Um 9 1/2 Uhr.  
**Original-Chines.**  
**Fischer**  
Lachter-Gesellschaft.  
Um 9 1/2 Uhr. Um 10 1/2 Uhr.  
**„Indien“**  
Original-Ballett des Circus  
Sais in 7 Bildern.  
Schonst. Kompositionen: Tigerjagd.  
Sinfonie der  
**Original-Indischen Satire**  
und Zauberei.  
Um 9 1/2 Uhr. Um 10 1/2 Uhr.  
Um 10 1/2 Uhr.  
**„Indien“**  
Original-Ballett des Circus  
Sais in 7 Bildern.  
Schonst. Kompositionen: Tigerjagd.  
Sinfonie der  
**Original-Indischen Satire**  
und Zauberei.  
Um 9 1/2 Uhr. Um 10 1/2 Uhr.  
Um 10 1/2 Uhr.  
**„Indien“**  
Original-Ballett des Circus  
Sais in 7 Bildern.  
Schonst. Kompositionen: Tigerjagd.  
Sinfonie der  
**Original-Indischen Satire**  
und Zauberei.  
Um 9 1/2 Uhr. Um 10 1/2 Uhr.  
Um 10 1/2 Uhr.

**SCALA**  
Ueberdachtes Sommer-Variete  
Nikolaistraße 27.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Gastspiel des**  
**Willy Haase-**  
Ensembles  
dazu Spezialitäten.  
Entree 20 Pf.  
Abends 10 Pf.  
Näheres siehe Anschlagzettel.

**Dominikaner.**  
Täglich:  
**Die Original Leipziger**  
Dr. P. Belzer.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Entree 10 Pf. — Reserve 20 Pf.

**1 Los nur 1/2 M.**  
**Ziehung 12 Juni 1906**  
**Stettiner Pferde-**  
**Lotterie**  
4304 Goussas, W. Mark:  
**135 000**  
Hauptgewinn: 7 Equipagen,  
112 Reit- und Wagenpferde, Wagn.  
**113 000**  
200 massive Silbergew., aus M.  
**22 000**  
Losse à 50 Pf., Paris und Liss 30 Pf.,  
11 Lose einschließlich Paris à 1 Pf.  
nur 5 Mk., empfiehlt das General-Debit  
**Carl Heintze,**  
Berlin W., Unter den Linden 3.

**Strohüte**  
für Damen, Herren u. Kinder  
direkt in der Fabrik  
billigste  
Neue Graupenstr. 11, Hof  
Freund & Krebs.

**Gesellschaftswagen**  
reich decoriert bis 30 Personen  
und darüber zu verleihen  
**Carl Schoch**  
Mehlgasse 55, I. [2351]

**Kaufe** gebrauchte Möbel, Feder-  
betten, ganze Wohnungs-  
Einrichtungen geg. sof. Zahlg. [2352]  
Wahler, Gartenstraße 36.

**Neue fetttiefende Matjes-**  
**Herlage** [2350]  
empfiehlt und verleiht  
**Ernst Neukirch**  
Nikolaistraße 71.

**Kaffee,** 1899  
N. Aroma, 1/2 Pfund 25 Pf.  
Getreidebrot, Bier 50  
Spiritus, 26  
Zeller, große Flasche 6  
Zimmonaden, 10  
Goldblauschen, 9  
Süßbeersaft, 1/2 Pfund 40 u. 33  
**Franz Gröschel,**  
Seidestraße Nr. 60.

**Schweißfüße**  
werden gemindert und trocken bei Gebrauch  
von Erwin Meyer's 50 Pf. Einreib-  
pulver 50 Pf. Drogerie am Landwehrbau,  
Gartenstr. 75, Ecke Kreuzstraße. Nach  
auswärts 60 Pf. in Briefmarken. [2133]

**Zigarren eigenes Fabrikat**  
Zigaretten in großer Auswahl  
Rauch- und Kautabak be-  
**Hermann Berner,**  
Mehlgasse 30. [1367]

**Soeben ist erschienen:**  
**Schule, Kirche u. Arbeiter**  
Ein Vortrag von Paul Göhre.  
Preis 15 Pfg.  
Eine Broschüre, in der zunächst der Zweck dargelegt wird,  
den die herrschende Klasse mit der Verfassung der Volksschule  
erfüllt und in der die gänzliche Verbannung jeglichen Religions-  
unterrichts aus der Schule gefordert wird. Göhre erwägt, dann  
die Gründe, die die Sozialdemokratie zwingen, den Kampf gegen  
die Verfassung der Volksschule aufzunehmen und zeigt die Mittel,  
um diesen Kampf wirksam zu gestalten.  
Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

**Höchst wichtig**  
**für Hausfrauen!**

12. Schlesischer Provinzialpartitag.

Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf das Gemeinbewahlrecht.

Das Referat hierzu hatte

Brühns-Ratowitz: Im wesentlichen wollte er sich mit der Landgemeindevorstellung beschäftigen. Wir haben in unserer Partei eine Entwicklung unserer Stellung zur Wahlteilnahme...

nach steht nämlich jedem einzelnen Stimmberechtigten eine Stimme in der Gemeindevorstellung zu, jedoch müssen mindestens zwei Drittel sämtlicher Stimmen auf die Grundbesitzer entfallen...

Wie schon erwähnt, tritt in denjenigen Landgemeinden, in denen die Zahl der Stimmberechtigten mehr als 40 beträgt, mit dem Zeitpunkt, wo die Liste der Stimmberechtigten diese Zahl übersteigt, an die Stelle der Gemeindevorstellung die Gemeindevorstellung...

Die Gemeindevorstellung besteht aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen sowie aus den gewählten Gemeindevorordneten, deren Zahl mindestens das Dreifache der zuerst Genannten betragen muß.

Auch bei den Landgemeindevorstellungen haben wir das Dreiklassenwahlrecht; auf jede Abteilung fällt ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Wähler. Für jede nicht zur Staatssteuer veranlagte Person ist dabei an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 3 Mark anzusetzen...

Jede Klasse wählt aus der Zahl der Stimmberechtigten ein Drittel der Gemeindevorordneten, ohne an die Wähler der Klasse gebunden zu sein. Wählbar sind auch diejenigen, die nicht in die Wählerliste eingetragen sind, wenn die Liste für sie nur für das Stimmrecht, nicht auch für das passive Wahlrecht maßgebend ist.

Auch bei der Gemeindevorstellung haben die Angehörigen ihre besonderen Vorrechte. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder, einschließlich der Schöffen und des Vorstehers, müssen Angehörige sein. Die Zahl der Gemeindevorordneten, die hierdurch aus der Mitte der Nichtangehörigen gewählt werden können, wird auf drei bis fünf begrenzt...

Über die Wählerliste ist noch zu bemerken, daß sie vom 15. bis 30. Januar in einem vorher öffentlich bekannt gegebenen Raume aufgelegt werden muß, und daß während dieser Zeit jeder Stimmberechtigte gegen ihre Richtigkeit beim Gemeindevorsteher Einspruch erheben kann. Die Einsicht in die Liste darf keinem Gemeindevorordneten oder Gemeindevorordneten verweigert werden...

Am 1. März erfolgt die Wahl der dritten, zuletzt die der ersten Klasse. Die Wahlen finden alle zwei Jahre im März statt; aber das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß bezüglichen in anderen Monaten stattfindende Wahlen doch nicht ungültig sind. Spätestens eine Woche vor dem Wahltag werden die Wähler durch den Gemeindevorstand in ortsüblicher Form zu den Wahlen eingeladen...

betreffend haben. Einsprüche gegen die Gültigkeit von Wahlen sind innerhalb zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses beim Wahlvorsteher anzubringen; sie können sich nur gegen das Ergebnis eines abgeschlossenen Verfahrens richten. Der Einspruch, der auch mündlich erhoben werden kann, darf sich nicht darauf stützen, daß die Wählerliste unrichtig gewesen sei, denn Einsprüche hiergegen können, wie wir vorher gesehen haben, nur in der Zeit der Auslegung der Liste erhoben werden.

So weit die Bestimmungen der Landgemeindevorstellung über die Vertretung und die Wahlen. Welches sind nun die Aufgaben der Landgemeinden? Nach der Landgemeindevorstellung sind für deren Begrenzung keine Vorschriften vorhanden. Alles, was die Volkswirtschaft des Ganzen und zugleich die materiellen und geistigen Interessen des Einzelnen fördert, kann daher in den Bereich dieser Aufgaben bezogen werden. Die Tätigkeit der Gemeinden ist dabei nur durch das staatliche Wahlrecht beschränkt, ferner dadurch, daß sie nur örtliche Interessen betrifft...

Die Tätigkeit der Gemeinden ist dabei nur durch das staatliche Wahlrecht beschränkt, ferner dadurch, daß sie nur örtliche Interessen betrifft. Welche sind nun aber schließlich innerlich diese Aufgaben unserer, die Aufgaben der Sozialdemokratie? Einmal, wie ich eingangs schon betont habe, die Vertretung an sich. Sie wirkt erziehlisch und propagandistisch. In den kleineren Gemeinden die Klagengegenstände viel vereinfachter sind, so ist die Vertretung an den Landgemeindevorstellungen für uns viel einfacher, als bei den Stadtvorordnungen, und auch der Erfolg ist höherer, selbstverständlich innerhalb der vom Gesetz gesteckten Grenzen. Haben wir aber Vertreter in die Gemeindevorstellung zu erzielen, dann erwachen uns neue Aufgaben. Eine Mehrheit zu erzielen, wird uns ja nicht möglich sein. Aber trotzdem können wir mancherlei für die Arbeiter schaffen. Und die Furcht vor unseren agitatorischen Erfolgen wird uns dabei manchen Nutzen stiften. Die sozialdemokratischen Vertreter haben zunächst die Geschäftsführung zu kontrollieren. Sie zwar durch die Landgemeindevorstellung selbst, aber unsere Vertreter haben dafür zu sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch in der gehörigen Weise ausgeübt werden, daß Übergriffe der Dorfverwaltungen hintongehalten werden. Wir haben ferner dafür zu sorgen, daß die Sitzungen in einer möglichst günstigen Zeit, am besten in den Abendstunden, abgehalten werden. Bei der Aufstellung und Beschlußfassung des Gemeindevorstandes haben ferner unsere Vertreter auch mitzuwirken. Sie sollen hier Kritik üben, aber es ist ihre Pflicht, daneben auch möglichst mit positiven Vorschlägen hervorzutreten. Selbstverständlich muß hierbei die allergrößte Vorsicht geübt werden, und peinlichste Informationen sind erforderlich, ehe man das Wort ergreift, um Kritik zu üben oder Vorschläge zu machen. Frische Gemüter sollen ruhig gleich mit heißen Worten hineinspringen, sie sollen erst eine genügende Spanne Zeit der Beobachtung widmen und dabei möglichst viel zu lernen und sich in die Verhältnisse einzupreßeln versuchen. Dann erst soll man zeigen, daß man ein Mann ist, der etwas versteht, und mitreden kann. Von den Aufgaben der Gemeindevorsteher seien als die wichtigsten genannt: die Schulangelegenheiten mit der Schulinspektion, der Unentgeltlichkeit der Vermittel usw.; ferner die Gesundheitspflege; hierfür gehört die Straßenreinigung, die Beschaffung von gutem Trinkwasser, die Anlegung von öffentlichen Wäldern und die für das Dorf so außerordentlich bedeutsame Kratzgrube; unter den Aufgaben finden wir weiter die Frage der Armenpflege, unsere Vertreter sollen dafür sorgen, daß mit der geradezu jämmerlichen Behandlung der dürftigen Gemeindevorordneten endlich einmal aufgeräumt wird; endlich haben die Gemeindevorsteher, besonders in den Suburbangebieten, sich eingehend mit der Wohnungsfrage zu befassen.

Nachdem der Redner noch die geradezu fähigen, jämmerlichen Gemeindevorhältnisse in Obersiebenbrunn gestreift hatte, kommt er zu dem Schluß, daß es die Pflicht der Sozialdemokratie sei, uns unsere proletarischen Vertreter in den Landgemeinden durch Aufklärung und Belehrung über ihre Aufgaben zu schulen und zu erziehen, da wir oft genug in den Landgemeinden Vertreter haben, die zwar von dem ganzen Dorfe als Sozialdemokraten angesehen werden und sich selbst auch solche nennen, die aber nicht wissen, was sie wollen. Hier sind gerade die Parteifunktionäre die berufenen Aufklärer. Der Antrag von Breslau, provinciale Gemeindevorsteherkonferenzen abzuhalten, ist nur zu begrüßen, wenn sie auch nicht gerade alljährlich stattfinden brauchen. Auch dagegen habe ich nichts, daß eine ständige Kommission beauftragt wird, ein schlechtes Kommunalprogramm auszuarbeiten und dem nächsten Parteitag vorzulegen.

Auf dem Gebiete der Landgemeindevorstellung liegen eine Reihe der allergrößten und schwerwiegendsten Aufgaben vor uns. Die Gemeinde ist die Urzelle, aus der sich der gewaltige Staatskörper aufbaut. Durchbringen wir sie mit sozialdemokratischem Giste. Dann wird es uns auch gelingen, den Staatskörper selbst zu gewinnen! (Beifall.)

elektrischen Lokomotive besorgt, die fast geradlinig am Ufer arbeitet und die Lastschiffe hinter sich herzieht. Ihre Stienen die wunderlichen Stangen und Drähte, die der Wanderer in diesen Gegenden den ganzen Lauf des Kanals begleiten sah. Man erreicht damit auch, daß die mit so viel Mühe gebauten festen Ufer des Kanals weniger erschüttert werden, als es in dem engen Bett die durch eine Dampfmaschine erzeugten heftigen Wellenbewegungen tun würden. Welches, die elektrische Treibeinrichtung und das Schlepptomotiv sind aber die wichtigsten Faktoren, auf deren Wirksamkeit die Inanspruchnahme des Kanals in dem erhofften Umfang, andererseits aber die Grundlage für die Rentabilität des Kanalbetriebes überhaupt beruht.

Aus aller Welt.

Eine Sitzung im Saale haben kürzlich die Stadtvorordneten von Soltau (Westpr.) abgehalten. Wahrscheinlich beabsichtigte der Vorsteher, daß bei dem nächsten Weiter die Stadtvorordneten nicht zusammen zu bekommen wären, und am dem Uebel zu steuern, berannte er die Sitzung im Stadtwalde an, wohin vom Rathaus aus gefahren wurde. Und da sah man denn im Waldeshorn freilich bei einander, beriet über Rechnungsangelegenheiten, über Rinnsteine, über Wasserleitungen, über Volksschulhäuser und dergleichen mehr. Nach der Sitzung wurde ein Spaziergang durch den Wald unternommen und die ansehnlichsten Kulturen wurden besichtigt.

Eine blutige Katastrophe. Am 5. d. Mts. kam es in einem im Raizer Walde gelegenen Bergbauungslokal des Lustkurortes Rondebe zu wüsten Ereignissen. Eine Anzahl angetrunkenen Deutschen bombardierten die zahlreichen Gänge des Lustkurortes mit Steinen, Fuchsbänken, Ästen und Flaschen. Eine große Anzahl Personen wurde teils schwer, teils leichter verletzt. Die aus Nachen telegraphisch herbeigerufenen Polizei verhaftete die Urheber.

Aus dem Saale. Im Saale Goslarstraße 16 in Charlottenburg hat das 16-jährige Dienstmädchen Fäbja Schütz aus Halle berichtet, daß es wegen verschiedener Unvorsichtigkeiten den Dienst verlassen sollte, das 8 Monate alte Kindchen Kurt des Malermeisters Reimow mit Zuckerlauge vergiftet. Nach anfänglich hartnäckigem Engen hat das Mädchen im Untersuchungsgefängnis ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Die „Hilfliche“ Dieb. Aus Halle a. S. wird gemeldet, daß der 30-jährige Arbeiter aus der Stadtgasse Nr. 80, 8000 Mark geraubt werden, davon 7000 Mk. in Wertpapieren. Dieses Geld ist von Halle aus zurückgeführt worden. Als Täter wurde jetzt der Schmiedemeister Eppinger aus Ullrichau verhaftet. Schiffsunfälle. Telegramme aus Bergen (Norwegen) berichten über eine Reihe von Schiffsunfällen während der Pfingstfeiertage. Am ersten Pfingstfeiertage Abends ertranken bei einer Boots-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Teltow-Kanal ist am letzten Sonnabend eröffnet worden. Damit ist ein bedeutendes Wasserwerk dem Verkehr übergeben. Dem längeren Artikel eines größeren bürgerlichen Blattes entnehmen wir folgende instructive Angaben: Auf 20 1/2 Millionen Mark lautete der ursprüngliche Kostenschätz, auf über 40 Millionen stellen sich schließlich die Gesamtkosten, die der Kanal in seiner nicht ganz sechs-jährigen Bauzeit erfordert hat. Ein Teil von diesen Kosten wird ja durch die wirtschaftliche Ausnutzung und Veräußerung der Grundstücke, die man hat erwerben müssen, wieder eingehen. Denn der Bau des Kanals hat natürlich die Preise der Grundstücke an seinem Rande — die namentlich schon jetzt als Baugrund für Villen sehr gesucht sind — schon ganz erheblich gesteigert. Aber andererseits haben besonders die zahlreichen Brückenbauten — es sind deren über 50 — die Verfertigung der Mittelwalder Bahn, die Herstellung zahlreicher profitorischer Brückenübergänge und schließlich eine Reihe von Umständen, die durch die Nähe der Reichshauptstadt bedingt sind, die Kosten des Kanals gewaltig vermehrt. Zunächst und selbst vierzig Millionen sind in dessen in einer Zeit, in der man sechzig Millionen ausgibt, um eine Eisenbahn durch einen Berg zu führen, oder einen Zentralbahnhof an einem verkehrreichen Plage zu schaffen, nichts, was den Unternehmungsgeist abschreckt. Das in dem Teltow-Kanal angelegte Kanalnetz Teltow, das er 1899 fast einjährig den Kanalbau beschloß, ist überzeugend. Diese Ueberzeugung verleiht auch dem Kanal ein Bild auf die Hiffen des Berliner Wasserverkehrs, aus denen die Notwendigkeit des Kanals klar hervorgeht. Berlin hat den größten Wasserverkehr, den irgend eine deutsche Stadt (selbst Hamburgs Binnenverkehr nicht ausgenommen) hat, wenn man von einigen Rheinflüssen wie Ruhrort, abzieht, die die deutsche Reichshauptstadt noch übersteigen. 1905 waren es in Berlin und Charlottenburg zusammen 9,401,718 T. Güter im Anlauf- und 700,480 T. im Abgangsverkehr. Bemerkenswert ist aber die verhältnismäßig große Zahl von Fahrzeugen, die diesen Verkehr bewältigen. 1904 kamen in Berlin 24,318 beladene Schiffe an, die zu Berg gingen, und 13,660 Lastschiffe, die zu Tal gingen. Der Kanal ist berechnet für Schiffe mit einer Tragfähigkeit bis zu 600 T. bezw. bis zu 1,75 Meter Tiefgang, und zwei große Fahrzeuge von je 500 bis 600 T. können auf ihm glatt vorbeifahren, denn in der östlichen Strecke, der sogenannten Spreehaltung, ist ein Querschnitt von 57,61 Quadratmeter und in der westlichen, der sogenannten Gabelhaltung, von 55,77 Quadratmeter bemessen worden. Die Länge des Hauptkanals beträgt 37 Kilometer, die Sohlenbreite überall 20 Meter. Zwei Länge des Kanals muß man aber noch den von Ost-

zweigenden „Verbindungskanal“ von dem Vorort Britz nach Niedersiebenbrunn an der Spree rechnen, der sich vom Hauptweg abweigt und der 3,5 Kilometer lang ist. Sodann ist noch im Westen der kleine „Prinz-Friedrich-Deppold-Kanal“ zu bemerken, der vom Gröbenfließ direkt nach dem Wannsee führt. Der erste Verbindungskanal hat hauptsächlich den Zweck, den sehr zahlreichen Fabrikanlagen im Südben des benannten Wasserweg nach Westen zu entlasten. Eine große Rolle beim Kanal spielen natürlich seine Höfen, deren er fünf hat. Es sind Teltow, Großschiffelände, Steglitz, Britz, Tempelhof. Die Hafenanlagen befinden sich in geringer Entfernung seitlich vom Kanal; in Tempelhof hat der Kreis Teltow außerdem ein eigenes Lagerhaus angelegt. Ueberall ist dafür gesorgt, daß die Anschlüsse an die großen Bahnstrecken nahe sind: in Teltow an die Potsdamer, in Grünau am östlichen Endpunkte an die Götlicher Bahn, in Tempelhof an die Lokalbahn Richard-Wittenwalde, die beim Güterverkehr dieser Gegenden eine Rolle spielt. ... Der Schiffer, der den Kanal bei der Einfahrtstelle zwischen Köpenick und Kleinow bis zur Ausfahrt am Gröbenfließ benutzt, spart etwa 16 Kilometer an Stelle des bisherigen Weges auf der Spree und im Verkehr von der Elbe zur Oder 13,5 Kilometer. Er spart vor allem die lästigen und zeitraubenden Schleusen im Weichbild von Berlin. Er spart den Weg unter den vielen massiven Brücken, die die Ursache sind, daß man so wenig Segelschiffe unter den Himmelsstrahlen sieht. Man rechnet bei dem Teltow-Kanal mit einem Anfangsverkehr von 1,400,000 Tonnen, von denen 400,000 Tonnen auf den Ort- und 1 Million auf den Durchgangsverkehr entfallen. Die Kosten für den elektrischen Schlepplzug wurden bei einem Anfangsverkehr von 1,4 Millionen Tonnen auf 0,8 Pfennig für das Tonnenkilometer berechnet. Einen Satz, der allerdings hoch genannt werden muß. Die Kanalverwaltung hofft indessen, durch Verbesserung der Betriebsbedingungen diesen Satz wesentlich herabzubringen; denn hieron ist die Befahrung des ganzen Kanalnetzes abhängig, der insofern vom Ministerium bereits genehmigt, aber noch nicht veröffentlicht ist. Eine Rentabilität des Kanals wird erst bei einem Verkehr von 3 Millionen Tonnen erwartet. Der Teltow-Kanal ist — abgesehen von dem kleinen französischen Kanal im nordwestlichen Köpenick und den wieder eingestrichelten Versuchen auf einer kleineren bürgerlichen Kanalstrecke — der erste europäische Kanal, der mit elektrischer Treibeinrichtung ausgestattet ist, wie er auch der erste ist, der ein Schlepptomotiv besitzt. Die Schiffe werden jetzt nicht mehr, wie man es noch an der Gabel, am Finow-Kanal, ja auch in Westen unseres Vaterlandes am Saar-Kanal und auf zahlreichen französischen Kanälen vielfach sehen kann, mühsam durch am Ufer ziehende Menschen vorwärts geschleppt, dürfen sich auch nicht der Bewegungskraft der Ruder, Segel oder Dampf bedienen. Alles wird von der

Wahlrecht: Eine unmittelbare Einwirkung auf unsere Genossen in einer Frage, die noch niemals eingehend behandelt worden ist, kann nicht freudig genug begrüßt werden. Ueberdies da wo eine Beteiligung an den Wahlen möglich ist, muß sie auch durchgeführt werden. Alle diejenigen, bei denen die Voraussetzung eines steuerpflichtigen Einkommens von wenigstens 600 Mark zutrifft, müssen unbedingt an die Wahlurne gebracht werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß jeder, der ein steuerpflichtiges Einkommen hat, sich von der Steuerzahlung nicht drückt und so seines Wahlrechts nicht beraubt. Das ist ebenfalls für die Land- wie für die Stadtbürger. Da in Ausübung dringend vonnöten. Vergessen sollte niemals werden, bei der Auslegung der Wahllisten, diese auf das peinlichste zu kontrollieren.

Müller empfiehlt den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines schließlichen Kommunalprogramms. In dessen Rahmen noch ganz eigenartige Rechtsverhältnisse — es ist nur an das Auenrecht erinnert — die bei der Ausweisung des Programms berücksichtigt werden müssen. Die Gesamtparteitage in München und Bremen haben sich wohl mit dem Kommunalprogramm beschäftigt, aber das Lindenmannsche Programm konnte nur eine allgemeine Richtschnur geben, konnte nur bestimmte Grundzüge aufstellen. Viele aber, die in die Gemeinbewerterbewegung gewillt sind, wissen tatsächlich nicht, was sie dort als Sozialdemokraten zu tun haben. Deshalb ist ein genaues, umfassendes Programm durchaus erforderlich.

Müller-Schelig bittet den Antrag abzulehnen. Was die Kommission schaffen soll, wird uns auch nicht weiter bringen. Das Lindenmannsche Programm gilt auch für uns als Richtschnur: sonst sind die Verhältnisse selbst in den einzelnen Gemeinden schiefen so verschieden, daß ein einheitliches Programm unmöglich beschaffen werden kann. Auch sekundäre Gründe sprechen gegen die Fortsetzung der Kommission, ebenso wie gegen die Provinzial-Gemeinbewerterkonferenz. Solche Konferenzen überlasse man den Agitationsbezirken oder gar den einzelnen Kreisen.

Vogel-Nit-Wartbau tritt für die Gemeinbewerterkonferenzen ein, weil es schwer sei, geeignete Kandidaten zu den Gemeinwahlen zu finden. Damit schließt die Diskussion. Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag K Der Parteitag brautrat die Provinzialkommission, alljährlich eine Konferenz der auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Gemeinbewerter an geeigneter Anspruchs- und Anrechnung zu berufen und empfiehlt den Kreisorganisationen, auf ihre Kosten den Gemeinbewertern die „Kommunale Praxis“ zu liefern.

Agitationskommission Dresden wird mit der Änderung angenommen, daß es an Stelle „die Provinzialkommission“ heißt: „die Agitationskommission, für ihren Bezirk“ und statt „alljährlich eine Konferenz“ heißt: „Konferenzen“.

Ein dem Vorstand Antrag ähnlicher Antrag 11, von Dunselow gestellt, wird als erledigt zurückgezogen. Abgelehnt wird der Antrag: Wir beantragen, eine Disziplinarkommission einzusetzen, die bis zum nächsten schließlichen Parteitag allgemeine programmatische Leitlinien über unsere Forderungen an die Gemeinden ausarbeiten hat, wobei die besonderen schließlichen Rechts- und wirtschaftlichen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen sind. Diese Grundzüge sind rechtzeitig vor dem nächsten Provinzialparteitag zur Diskussion zu stellen.

Die Parteigenossen der Orte, welche sich an den Gemeinwahlen beteiligen, haben sich mit dem Vorsitzenden der Bezirkskommission vorher in Verbindung zu setzen.

Unter Vorsitz des am nächsten dem Parteitag Kenntnis von folgenden Wünschen der oberständlichen Genossen:

Die oberständlichen Genossen bitten die Dresdener und anderen schließlichen Genossen, bei Abschluß von Versammlungen mit auswärtigen Rednern nach Möglichkeit auch auf die oberständlichen Genossen Rücksicht zu nehmen.

Sozialdemokratischer Verein Kattowitz Abgelehnt wird endlich der von Holzer begründete Antrag: Anträge zum schließlichen Parteitag sind zehn Wochen vor demselben dem Vorsitzenden der Provinzialkommission einzuwenden. Dieselben müssen acht Wochen vor Zusammenritt des Parteitag in allen Parteiblättern der Provinz veröffentlicht sein. Nachdem Schuß noch einige persönliche Mitteilungen gemacht hat, schließt Müller den Parteitag, der in erster Beratung dem Wohle des Proletariats gedient habe, mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Ein Teil der Delegierten blieb noch am zweiten Feiertage in Potsdam, um sich an einem von den Freiburger Genossen arrangierten Ausflug zu beteiligen, der leider unter der Ungunst der Witterung etwas leiden mußte.

### Ziegler-Konferenz.

R. R. Wagdeburg, 4. Juni 1906.

Eine Konferenz der auf Ziegeln beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte während der Pfingstfeiertage im „Luisenpark“ in Potsdam. Aus allen Teilen Deutschlands waren 36 Delegierte erschienen. Außerdem waren der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Genosse Behrendt-Samborn, der Vorsitzende des Zimmerverbandes, Genosse Drunzel-Berlin, und vom Fabrikarbeiterverband dessen Vorsitzender, Genosse Dred-Samborn, und der General-Großmann-Wagdeburg, sowie als Vertreter der General-Kommission Genosse Knoll-Berlin, anwesend.

fabri eine Dame und ein Herr. An demselben Tage feierte ein Boot mit sechs Kindern. Fünf Mädchen ertranken, ein Knabe wurde gerettet. Ferner wird mitgeteilt, daß ein Fischerboot kenterte, wobei vier Personen ankommen. Eine Person wird vermisst. In Frederiksbad sind ein Artillerieoffizier, sowie ein Baukammerer ebenfalls infolge Katers des Bootes ertrunken.

Ein ablicher Kourier. In dem Konton des Leutnants von Lempsch vom Infanterieregiment Nr. 17 in Seanaichweiz wurden in der ersten Gehirnerkrankung 80.000 M. Befunde bei 3400 Mark Aktivem festgestellt. Leutnant v. Lempsch hatte für Verbindlichkeiten seines vor kurzem verstorbenen Kameraden, Oberstleutnant von Kasper, bis zu dieser Höhe Bürgschaft geleistet. Unter den Passiven befanden sich größere Verleumdungen.

Gungersdorf und Cholera. Der Fegung in Indien meldet: In zahlreichen von Gungersdorf heimgekehrten Dörfern ist Cholera ausgebrochen. Die Getreidepreise fallen oder halten sich auf der feierlichen Höhe. Die Zahl der Personen, welche Unterstützung empfangen, beläuft sich auf 463.000. Bieleorts herrscht Cholera.

Die letzte Geberückung in San Francisco hat wie dem „Volks-An“ gemeldet wird, nur zehn Schwaben gebahrt, doch wurde das öffentliche Vertrauen in die Zukunft der Stadt dadurch erschüttert, daß verschiedene Firmen, die Vorbereitungen getroffen hatten, um Neubauten aufzuführen, das Projekt aufgeben und anderten, daß es tödlich sei, aus dem Kapital und Arbeit zu riskieren. Die Wirkung des Erdbebens wird von den Behörden verheimlicht, doch ist bekannt, daß die Erschütterung unter den Landenden, die zuerst in Peltan kamen, eine große Panik verursacht hat. In den Häusern wurden die Bewohner aus den Betten geschrien. In Peltan kamen noch immer 40.000 Menschen; man glaubt, daß die Erschütterung die heftigste seit dem letzten großen Erdbeben war. Auch in Dallas war die Erschütterung heftig zu verspüren und dauerte auch dort zehn Sekunden.

Wie die „Times“ und „Herald“ der Reichshaupt bei Entlassung von Maroffa, meldet, wurde dort in der Nacht zum Mittwoch ein gewaltig heftiger Erdstoß verspürt.

In einem Referat über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Ziegeln schilderte Großmann eingehend die äußerst unbilligen Verhältnisse, in denen die Arbeiter leben. Bei harter, aufreibender Arbeit, deren normale Dauer 10 bis 12 Stunden betrage, die aber bis zu 19 und sogar 20 Stunden ausgedehnt wurde, werden die elenosten Löhne gezahlt. Der durchschnittliche Jahresverdienst der Arbeiter betrage bei glücklicher Berechnung 850.48 Mark. Tausende von Frauen, minderjährige Personen und Kinder würden in dem Verlaufe beschäftigt. Ueberaus zahlreiche Unfälle seien zu verzeichnen. Alle Verbesserungen, die die Einführung des Maschinenbetriebes gebracht habe, seien den Unternehmern zugute gekommen. Ein entsetzliches Wohnungsleben, das kaum zu beschreiben, sei an der Tagesordnung. Die Verhältnisse auf den Ziegeln sprächen allen sittlichen und hygienischen Anforderungen Vorn. Hier die erste Hilfe bei Unfällen sei selten Vorseorge getroffen. Trinkwasser könne man nur auf wenigen Ziegeln finden, obwohl Hitze und Staub besonders durschfordernd wirken. Das Kaninwesen stehe daher in hoher Blüte. Der Verkauf alkoholischer Getränke bilde eine Hauptverdienquelle der Meister. Wer am meisten verzehre, sei am angesehensten und bestimme die beste Arbeit. Diese Ziegler legten ihren ganzen Wochenverdienst in Bier und Schnaps an, die sogar manchmal bleibe noch ein Schuldbest für die kommende Woche. Die Tausende von Wanderarbeitern, die der Beruf aufweise, seien gezwungen, zwei Monatsbände zu führen. Wo den Ziegler auf den Ziegeln Unterkunft geboten würde, führe das dazu, daß die Arbeiter unter der Kontrolle des Unternehmers gerieten; Unfreiheit und Beschränkung des Koalitionsrechts seien die Folge. Wenn die Krone setze aber der Arbeitsvertrag auf, den die Ziegler eingehen müssen. Zu einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit würde der Vertrag abgeschlossen und zwar für die ganze Dauer der Kampagne. Während derselben würde eine Skantion vom Lohn einbehalten, die verloren sei, wenn der Ziegler vorzeitig die Arbeit verläßt. In den Unfällen trage das Affordbium viel Schuld. Die Meister werden 4 bis 5 „Annehmer“ an, die an dem Affordbium teilnehmen. Diese werden dann zu Anteibern im schlimmsten Sinne des Wortes.

Die Diskussion förderte noch eine Fülle von Material zugute: Von Morgens 3 bis Abends 9 und 10 Uhr wird stundenlang gearbeitet, nur unterbrochen durch die häufige Einnahme der mehr als frugalen Mahlzeiten. Das Kaninwesen sollte keine Beschränkung, desgleichen die Lagerstätten, die von Unsauberkeit ströhen und Ungezieser in Menge herbergen. Auf dem engsten Raum ist eine große Zahl von Menschen untergebracht und stundenlang — besonders von polnische, russische oder italienische Ziegler arbeiten — die Trennung der Geschlechter gar nicht oder nur mangelhaft durchgeführt. Die Frauen verrichten die schwersten Arbeiten. Nach Friedrichshafen in Württemberg kommt alljährlich zum Sommer ein Pfarer aus Tirol mit sogenannten Sittensindern, die auf öffentlichen Markt und in Wirtschaften an Bauern und Zieglermeister ausgeboten werden, wobei sich dann ein förmliches Geschäft einstellt. Trinkwasser wird zuweilen aus schmutzigen Tümpeln und Gräben entnommen. Selbst in den Ziegeln, die mit den neuesten Maschinen arbeiten, bleibt noch unendlich viel zu wünschen übrig. Schmutz, daß dort die Arbeiter eher für die Craxifikation zu gewinnen sind. Ein Arbeiter meinte, wenn alles einmal öffentlich zur Schau gestellt würde, so würde das Aussehen erregen. Wenn ein Gewerbeaufsichtsbeamter kommt, wird alles vorher in Ordnung gebracht. Nachher werden die Schutzvorrichtungen wieder beseitigt, weil sie hinderlich sind. Auswärtige Arbeiter müssen ungemütliche Anreden über ihr Alter machen oder sie werden solange aus dem L. L. entfernt, wie der Gewerkschaftler da ist. Die Behandlung, der die Arbeiter durch die Unternehmer ausgeübt sind, ist den mitleidigen Verhältnissen gleichwertig. Ein Unternehmer verzichtete die Arbeiter mit dem Vieh, dabei beruhen die Arbeitgeber auf alle mögliche Weise, die Arbeiter an ihren Betrieb zu fesseln; unter anderem wurde mitgeteilt, daß ein Unternehmer seine Arbeiter Sonntags in Freizeiten führen läßt — natürlich auf deren eigene Kosten — damit sie nicht in Versammlungen gehen können oder „Beherr“ in die Hände fallen. Bei alledem stehen die Unternehmer, die sich zum Teil in Ringe zusammengeschlossen haben, hohen Profit aus ihren Unternehmungen.

Die Diskussion schloß mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der es nach Feststellung der traurigen Verhältnisse heißt:

„Um die wirtschaftliche Lage der Ziegler zu verbessern, sie anderen Industriearbeitern gleichzustellen und die größten Miskstände in den Ziegeln zu beseitigen, bezeichnet die Konferenz als erstrebenswertes Ziel zunächst:

1. Eine den wachsenden Bedürfnissen und den gesteigerten Lebensmittelpreisen, sowie der Arbeitsleistung entsprechende Aufbesserung der Löhne.
2. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens zehn Stunden täglich.
3. Wöchentliche Lohnzahlung und Aufrechnung der Abordlöhne: eine höchstens 14 Tage betragende Kündigungsfrist.
4. Beseitigung des Rest- und Logiswensens beim Arbeitgeber.
5. Verbesserung der sanitären Einrichtungen.
6. Größeren Schutz gegen Ertränkungs- und Unfallgefahr.

Die Erreichung dieses Zieles in kürzester Frist muß die Aufgabe der gesamten Arbeiterkraft der Zieglerindustrie sein. Es ist daher notwendig, daß der Verbands- und Arbeiterinteresse in den Kreisen der Ziegler wachzurufen, damit auch dieser Arbeitergruppe eine menschenwürdige Existenz, sowie die Anteilnahme an der kulturellen Entwicklung gewährleistet wird.“

Demnach referiert Genosse Dred-Samborn über die Verbesserung der Lage der Ziegler durch Gewerkschaft und Gesetzgebung. Er betonte, daß die Zieglerarbeiter von der Gesetzgebung vergessen worden seien, und vertritt die Idee über die wenigen gesetzlichen Bestimmungen, die für die Ziegler bestehen. Ferner forderte ansehnliche reichsgesellschaftsmaßnahmen, die jedoch nur zu erreichen seien, wenn die Ziegler ihren Anschlag an die gewerkschaftliche Organisation vollziehen. Nur diese allein sei auch imstande, auf die Beseitigung der Miskstände wirksam hinzuwirken. Nach lebhafter Diskussion wurde folgender Beschluß gefaßt:

1. An geeigneten Maßnahmen fordert die Konferenz: 1. Die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für alle erwachsenen Personen und Freigabe des Sonntags nachmittags. 2. Verbot und Bestrafung der Heberarbeit mit Ausnahme der Arbeit an Brennöfen. 3. Weibliche Personen dürfen sechs Wochen vor und nach der Entbindung auf Ziegeln nicht beschäftigt werden. 4. Allgemein gültige Verordnungen über Lage, Luftstrom und Beschaffenheit der Räume, welche auf Ziegeln beschäftigten Personen als Wohnungen angewiesen werden, und über Errichtung weicherer, beheizbarer St- und Ankleideräume. 5. Die Unternehmer oder verantwortlichen Leiter sind verpflichtet, den auf Ziegeln beschäftigten Personen gutes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. 6. Für den Lohn der auf Ziegeln beschäftigten Personen ist der Betrag oder Pächter der Ziegeln festzusetzen. Während der Debatte zu diesem Punkt wurde auch die Ausweisung alkoholischer Getränke auf Ziegeln. Es gelangte dazu eine Resolution zur Annahme, daß mit allen Mitteln auf das Verbot des Branntweinvertriebs hingearbeitet, der Betrieb alkoholischer Getränke gebietet und durch die Arbeiter selbst erfolgen soll.

Der zweite Tag der Verhandlungen war der Frage der Organisation der Ziegler gewidmet. Genosse Knoll-Berlin schilderte in seinem Referat die bestehenden vergeblichen Versuche, die Ziegler zu organisieren. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß eine besondere Zieglerorganisation nicht zu halten sei. Von den mehr als 200.000 Ziegler seien gegenwärtig etwa 6000 in den Verbänden der Sozialarbeiter,

Bauarbeiter, Transportarbeiter und Köpfer organisiert. Die Weisung, etwa 4500, allerdings in ersterem. Ferner fordert die Beseitigung dieser Beschäftigung. Die Ziegler müßten alle in einem Verband organisiert sein. Als der geeignete sei dafür der Fabrikarbeiterverband zu empfehlen. — In der Diskussion erhob niemand die Forderung auf Gründung eines eigenen Zieglerverbandes. Man einigte sich nach eingehender Aussprache, an der sich die Vorstehenden der in Betracht kommenden Verbände beteiligten, auf folgende Resolution:

Die Konferenz fordert den Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf, seinem nächsten Verbandstag die Ansetzung eines mit den beabsichtigten Verhältnissen der auf Ziegeln beschäftigten Personen genau verträgliches Kollegen zu empfehlen. Ferner ist, wenn irgend möglich, eine Kommission zur Seite zu stellen, die aus auf Ziegeln beschäftigten Personen zu bilden ist.

Der angestellte Kollege hat gemeinsam mit der Kommission die Aufgabe:

1. Den Vorstand bei der Ausübung einer durch Wort und Schrift vorzunehmenden Aktion mit Rat und Tat zu unterstützen.
2. Die Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zieglerarbeiter vorzunehmen.
3. Die Sammlung von allen zur Beurteilung der Lage der auf Ziegeln beschäftigten Personen geeigneten Materials, als: Lohnkartei, Arbeitsverordnungen, Satz- und Kaninverordnungen, Registrierung der Preise von Nahrungs- und Genussmitteln, welche durch die Unternehmer oder deren Vertreter geliefert werden, und durch Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter an Ziegeln vorkommenden Lohnprellereien.
4. Entgegennahme von Mitteilungen darüber, an welchen Orten und bei welchen Unternehmern die Wohn- und Unterkunftsräume der auf Ziegeln beschäftigten Personen sich in der Nähe der Brennöfen oder über und neben Viehställen befinden, über in denen eine Trennung der Schlafräume nach Geschlechtern nicht erfolgt ist.
5. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifen.

Fugleich beschließt die Konferenz, daß für die in Ziegeln beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen als die allein zuzuständige Organisation anerkannt wird.

Nach einem Hoch auf die Einigkeit und die Organisation der Ziegler ging die Konferenz auseinander.

### An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Werte Genossen! Seit einem Jahrzehnt stehen wir im ersten Kampf um die Erringung eines besseren Arbeiterschutzes bei Bauten. Die beschriebenen äußeren Erfolge, welche durch den Entschluß von behördlichen Schutzvorschriften z. z. dokumentieren sind, haben auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nur in sehr bescheidener Art eingewirkt. Und gerade hierbei machen wir die Wahrnehmung, daß jeder minimale Mangel der baugewerblichen Unfallgesetze die Behörden und Unternehmer als Argumente benutzt werden, den weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes zu verweigern oder abzulehnen. Die Unternehmer-Organisationen und hier besonders der „Arbeitgeberbund des Baugewerbes“ haben in den letzten Jahren mit Hochdruck verstanden, die gesetzgebenden Faktoren durch Petitionen und andere Machinationen zu beeinflussen. Ganz besonders richtet sich die Bewegung der Unternehmer gegen unsere Forderung „In betreff der Bauarbeiter-Kontrollen und des reichsgesetzlichen Bauarbeiter-Schutzes“. Mit sribolter Unverschämtheit wird von den Unternehmern in den Eingaben an die Behörden der Standpunkt vertreten, daß die Arbeiter durch Leichtsin und Gleichgültigkeit selbst die Unfälle herbeiführen und so auch selbst schuld an dem Bestehen der Miskstände auf Bauten sind. Zu alledem hat ein Teil der Bundesregierungen unter dem Einfluß auf die zu erwartende reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiter-Schutzes ein behördliches Eingreifen vordringend abgelehnt, und andererseits sehen wir, daß die übrigen Regierungen sich wenig bemühen, ihren Schutzvorschriften eine wahrnehmbare oberflächliche Darstellung der Unfallursachen wertig Beachtung verdient, so darf doch nicht verkannt werden, daß die Unternehmer einen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung dieser Gesetzgebung zur Geltung bringen können. Um so mehr dürfen wir uns dieser Einsicht nicht verschließen, wo wir an der Hand der Erfahrungen wissen, welche Folgen ein derartiges Vorgehen der Unternehmer für die Lebensverhältnisse der Arbeiter haben muß. Um nun dem entgegenzutreten, hat die Zentralkommission beschlossen: eine allgemeine außerordentliche Erhebung über die Miskstände bei den Bauten in betreff des Unfall- und gesundheitlich-sanitären Schutzes, in der Zeit vom 15. bis 30. Juni dieses Jahres durchzuführen. Die zu diesem Zwecke benötigten Fragebogen werden von der Zentralkommission unentgeltlich geliefert; desgleichen die Formulare zur Zusammenstellung des Erhebungsergebnisses. Diese Kontrolle wird in der gewissenhaftesten Art durchgeführt werden müssen, um so mehr, wo das Resultat von seiten der Zentralkommission in einer übersichtlichen Darstellung der Reichsregierung, den Regierungen der Bundesstaaten und den höheren Verwaltungsbehörden zur Kenntnisnahme übermittelt werden soll. — Aber ganz besonders tritt es die Aufgabe der Lokal-Kommissionen und Vertrauenspersonen sein müssen, die behördlichen Bauten zum Gegenstand von Erhebungen zu machen. Die über alles handlungs Vorgänge der letzten Jahre bei diesen Betrieben und hier im Vordergrund bei den Bauten von Eisenkonstruktionen (Eisenbahnhallen zc.), erfordern ein derartiges Vorgehen. Es wird hierbei auch zu beachten sein, inwieweit durch den Mangel an Menschenschutz in diesen Betrieben eine Gefahr für den Personen- und Bahnverkehr festzustellen ist. Die ausführenden Unternehmer dieser Submissionsarbeiten, die so durchweg dem Eifer und Ehrgeiz angeschlossen, glauben zum Vorteil ihres Profites ein unbeschränktes Monopol zum willkürlichen Verbrauch von Arbeiter-Leben und -Gesundheit zu besitzen. Dem entgegen zu treten, betrachtet die Zentralkommission als ihre erste Aufgabe.

Arbeitsgenossen! Ueberzeugt von der Bedeutung und dem Wert dieser Vorgehens, werbet Ihr den an Euch gestellten Anforderungen trotz aller Anfeindung der Unternehmer Rechnung tragen. Um die Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes im Baugewerbe frei zu machen von berufsgenossenschaftlicher Bevormundung und Unternehmer-Anmaßung bedarf es immer wieder unseres tatkräftigen Eingetretens und unermüdblicher Arbeit. Im Erfolg liegt der Lohn und die Anerkennung. Die besten Arbeitsverhältnisse werden dazu beitragen, das Leben der Arbeiter mit mehr Wohlfühlbarkeit zu erfüllen; das überhaupt muß das unberrückbare Ziel der Bauarbeiter-Schutzbewegung sein!

Gamburg, im Mai 1906.

Mit Gruß Die Zentralkommission für Bauarbeiter-Schutz.

- |                            |                             |
|----------------------------|-----------------------------|
| A. Efftinge, Maurer.       | G. Behrendt, Bauhilfsarb.   |
| F. Fönnies, Maurer.        | H. Mohal, Bauhilfsarb.      |
| D. Friedrich, Zimmerer.    | F. Seifert, Steinbildhauer. |
| A. Schönfelder, Zimmerer.  | E. Kühne, Steinmetz.        |
| H. Tobler, Maler.          | H. Dalchow, Maler.          |
| G. Wenker, Maler.          | K. Scheller, Tischler.      |
| D. Berner, Köpfer.         | E. Harber, Dachbeder.       |
| H. Homann, Köpfer.         | G. Behr, Dachbeder.         |
| Eb. Dornhal, Stuckateur.   | H. Brüggemann, Klempner.    |
| J. Sittenfeld, Stuckateur. | D. Franz, Klempner.         |
|                            | E. Schmitt, Steinmetz.      |

MS. Alle Briefe und Sendungen zc. für die Zentral-Kommission sind an G. Seinke, Hamburg 7, Besenbinderhof 56, II., zu richten.

# Arbeiterbewegung.

## Internationaler Bergarbeiterkongress.

Am 5. Juni wurde in London der internationale Bergarbeiterkongress eröffnet, zu dem Vertreter aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten erschienen sind. Das Parlamentsmitglied Edward (Arbeiterpartei) führte den Vorsitz; er sprach in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung aus, die Beratungen des Kongresses würden zur Erreichung des angestrebten Zieles, nämlich der Bekämpfung der Missethätigkeiten der Bergarbeiter, beitragen. Er wies sodann auf die großen Fortschritte hin, welche die Bergarbeiter der Arbeiterbewegung seit dem letzten Jahreskongress gemacht hätten. Die Macht der Vereinigung habe sie in den Stand gesetzt, an der Regierung der Nationen, zu denen sie gehörten, teilzunehmen. Er erinnerte an den vor kurzem stattgefundenen Verkehr bedeutender Vertretungen aus Deutschland und Frankreich mit den britischen Behörden, der ein Zeichen der herrschenden wohlwollenden Stimmung sei. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Sachse betonte die Notwendigkeit, daß die internationale Bewegung unter den Arbeitern weitere Ausdehnung erfahre. Es wurde eine von Wallis-England eingebrachte Resolution angenommen, welche eine Verbesserung der Bergarbeiter in der Richtung veranlaßt, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter unter Tage besser geschützt werden; ferner wurde eine von Bartels-Deutschland und Ober-Dösterreich vorgelegene Resolution angenommen, welche besagt, zur Verhütung von Unglücksfällen, namentlich solcher wie der in Courrières vorgekommenen, sollten die Arbeiter aus ihrer Mitte Inspektoren wählen dürfen, welche vom Staate zu besoldet wären.

Dem internationalen Bergarbeiterkongress sind hier 119 Delegierte erschienen, die fast anderthalb Millionen Bergarbeiter aus Großbritannien, Amerika, Deutschland, Belgien und Oesterreich vertreten. Von den englischen Delegierten sind dreizehn Parlamentsmitglieder. Aus Deutschland sind fünfzehn Delegierte eingetroffen.

Vom 7. bis zum 10. Juni wurde der Bauarbeiterkongress in London abgehalten. Die Bauarbeiter haben alle Mauerer ausgesperrt und dadurch das ganze Leben in dieser Stadt lahmgelegt. Sie glaubten auf diese Weise die Mauerer mit ihren Forderungen nach Lohnerhöhung und menschlicher Arbeitszeit zerprennen und zu Paaren treiben zu können. Sie haben aber eingesehen, daß es so schnell nicht geht. Sie schreiten nun auf der schiefen Bahn des Unternehmerterrorismus weiter, wie folgendes Reskript zeigt, das die Scharfmacher im Buidauer Baugewerbe beschlossen und verhandelt haben:

Bei dem seit 28. April hier herrschenden Mauerstreik wird von Seiten der Anständigen durch zwangswise Entfernung der Arbeitswilligen und jede Fernhaltung von neuen Arbeitsthäten derartig scharf vorgegangen, daß der unzureichende Verband sich genötigt sieht, auch seinerseits energischer Mittel zur Bekämpfung des Streiks anzuwenden. Nur durch den Zusammenschluß aller Arbeiter kann der feste Organismus der Arbeiter entgegengesetzt werden. In seiner Generalversammlung vom 28. Mai hat deshalb der Verband folgendes einstimmig beschlossen: Die Lieferanten des Baugewerbes für Zwidan und Umgebung sollen veranlaßt werden, während der Dauer des Streiks und im Bereiche desselben an alle Baumeister, Bauunternehmer oder sonstige Ausführer, welche dem unterzeichneten Verband nicht angehören, sowie Bauherren, welche von Vorgenannten Bauarbeiten ausführen lassen, ihre sämtlichen Lieferungen sofort einzustellen.

Alle Mitglieder des Verbandes haben sich dagegen verpflichtet, von solchen Lieferanten, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, nur noch laufende Abschlüsse abzunehmen, neuere Aufträge auch nach Beendigung des Streiks zu unterlassen.

Der Verband hofft, dadurch alle jetzt noch seitwärts stehenden Arbeiter für sich zu gewinnen, um dann besser gegen die organisierten Arbeiter vorgehen zu können. Sie werden deshalb höchlich erachtet, die Bestrebungen unseres Verbandes, dessen Mitglieder sie nachsehend verechnen finden, zu unterstützen und den oben angeführten Aufforderungen gefälligst nachkommen zu wollen.

Das ist ein Terrorismus schlimmster Sorte. Und Scharfmacher, die gegen ihre Kollegen im Baugewerbe, vor allem gegen die Lieferanten, operieren, bringen es fertig, mit heuchlerischen Gebärden über den Terrorismus der organisierten Arbeiter zu sabbern!

Der bayerische Buchbinderkongress fand an den Pfingsttagen in Nürnberg statt. Der Gehilfenvertreter wurde beauftragt, beim Tarifamt den Antrag auf Revision des Tarifs gemäß § 43 einzubringen. Von einem Antrage auf Abänderung des Tarifs wurde abgesehen, da es als sicher vorausgesetzt wird, daß bei der bevorstehenden Tarifrevision den Wünschen der Gehilfenchaft wegen der herrschenden Lernungsverhältnisse im weitesten Maße Rechnung getragen werde.

In einer Tarifbewegung stehen die in den Kunstsalzen und Buchbindereien usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderbranche. Eine Kommission wurde beauftragt, die Tarifvorlage für Nürnberg und Fürth möglichst einheitlich zu gestalten. An der Vorlage wird demnächst eine Versammlung Stellung nehmen.

Die Speicherarbeiter in Hamburg traten in eine Lohnbewegung ein und beschlossen die Sperre über die nichtbewilligenden Betriebe zu verhängen.

Der Streik der Former und Sickerarbeiter in Nordens (Dänemark) ist mit vollem Erfolg für die beteiligten Arbeiter beendet. Die damit verbundene Ausperrung der Former und Sickerarbeiter in Beer (Dänemark) ist ebenfalls erledigt. Die Arbeiter werden alle wieder eingestellt. Die Arbeit ist Mittwoch, 6. Juni, wieder aufgenommen.

Der Sickerstreik in Braunschweig ist beendet. Zwangsmeister haben die Forderungen der Sickerstellen bewilligt. Ueber die Geschäfte, die nicht bewilligt haben, ist die Sperre verhängt worden.

Einen glänzenden Sieg haben die Innsbrucker Tischler errungen. Nach einem Vertrag, der durch Vermittlung des Stadtalters zwischen ihnen und den Meistern nach vorausgegangenem Streik zustande kam, ist folgendes festgelegt: Neunfundentag mit 1 1/2 stündiger Mittagspause und 6 Uhr Abends Arbeitslohn: Minimallohn von 3 Kr. 40 S. (3 Mk.) und vom 1. Juli ab 3 Kr. 60 S. Die Niederlage der Scharfmacher bedingt sich aber noch deutlicher aus dem Umstande, daß sich die Meister gezwungen sahen, von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Die von den Scharmachern des Baugewerbes inszenierte allgemeine Bauarbeiter-Ausperrung mußte schon nach 14tägiger Dauer wieder aufgehoben werden.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Juni.

### Das Gesetz vom 24. April 1854,

also ein ganz „modernes“ Gesetz, mit noch „modernerem“ Inhalt hatte der Pferdebefehl Karl Schubner gegenwärtig in Breslau, übertreten. Am 2. Januar war er bei dem Gutsherrn Albert in Wilschlau in Dienst getreten. Es hatten sich später zwischen ihm und dem Gutsherrn wegen des Lohnes und Deputats Differenzen entwickelt. Insbesondere war die Ehefrau des Landarbeiters der Ansicht gewesen, sie hätten sich anderswo besser gestellt. Am 5. Februar war dann Schubner „mit brennender Zigarre“ zu dem Gutsherrn ins Zimmer gekom-

men, und hatte sich auch sonst noch „ungebührlich benommen“. Weigelt hatte ihn deshalb hinausgewiesen, worauf der Arbeiter seinen Dienst nicht mehr weiter verrichten mochte. Am 10. Februar war er dann von dem Gute fortgezogen. Die Arbeitsniederlegung war nun ein Verstoß gegen das bezeichnete Gesetz betreffend die Verletzung der Berufspflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, und die Breslauer dritte Strafkammer verurteilte den Arbeiter zu sechs Mark Geldstrafe.

Bei dieser Gelegenheit sei wieder einmal daran erinnert, daß das genannte Gesetz in seinem § 3 folgendes sagt:

Gesinde, Schiffsknechte, Dienstkleute und Handarbeiter der im § 2a, b, c, d bezeichneten Art werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn sie die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen und Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung auffordern.

Der Landarbeiter ist eben nach preussischem Recht ein willenloser und rechtloser Sklave, der nur zu gehorchen hat, und auf alle Fälle zufrieden sein muß. Der betreffende Pferdebefehl hat jetzt seinen Weg nach der Großstadt gefunden, er ist wie tausend andere „landflüchtig“ geworden. Soffentlich lernt er in Breslau recht bald außer dem Arbeitseinstellen auch noch das „Verabreden“ und „zur Verabredung auffordern“, was man ja dem Industriearbeiter — „Leider, Leider“ — gestattet hat. Zu den Freunden preussischer Verfassungsstände, aus denen solche Gesetze herauswachsen und bis heute erhalten bleiben, wird er wohl nun auch nicht mehr gehören.

### Bohlot ist kein grober Unfug!

So hat abermals die Breslauer Strafkammer entschieden. Am Mittwoch hatte die dritte Strafkammer als Berufungsinstantz in zwei Bohlotprojekten zu entscheiden. Der Sachverhalt war folgender:

Der Zimmerer Reinhold Koch war „erwischt“ worden, als er einige Hüter mit Bohlotfliegblättern besetzte, und die Schöffengerichte mochten auch wirklich der Ansicht gewesen sein, daß der Bohlot wieder einmal „ein guter Fang“ gelungen sei. Wegen Verübung von rohem Unfug und Vergehens wider das preussische Preßgesetz wurde Koch zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil, dessen Unhaltbarkeit vorausgesetzt war, legte er Berufung ein, die nun vor der Strafkammer zur Verhandlung kam.

Selbstredend erfolgte hier die Freisprechung. Grober Unfug konnte nicht angenommen werden, weil in der Verbreitung der Flugsblätter eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung nicht zu erblicken war, und eine Uebertretung des Preßgesetzes konnte ebenfalls nicht angenommen werden, da Häuser schlechterdings keine „öffentlichen Orte“ im Sinne des Preßgesetzes sind.

Wesentlich anders lagen die Dinge im zweiten Prozeß.

Die mir seinerzeit berichteten, waren vom Schöffengericht neben einer Anzahl anderer Genossen auch der Schieds Theodor Franke zu zehn Mark und der Schied August Peukert zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie auf offener Straße Bohlotzettel verteilt hatten. Auch ihre Berufung stand nun vor der Strafkammer zur Verhandlung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, begründete sie damit, daß eine Störung der öffentlichen Ordnung nicht vorgekommen sei. Auch habe sich die Publikum durch das Anbieten der Zettel nicht belästigt gefühlt. Die Verurteilung in erster Instanz sei ohne jeden dahinsingenden Beweis erfolgt. Auch eine Uebertretung des preussischen Preßgesetzes liege nicht vor. Das Kammergericht habe in einem Falle, in dem er selbst die Verurteilung gefordert habe, entschieden, daß die Verbreitung von Druckschriften gegen Bezahlung auch ohne polizeiliche Erlaubnis gestattet sei.

Das Gericht sprach die Angeklagten von der Anschuldbung des groben Unfugs frei. Daß sich das Publikum durch unmittelbare Einwirkung belästigt gefühlt habe, gehe aus den Akten nicht hervor. Nur die Besitzer der Säle und der Vorstand des Kanarienzüchtervereins „Panaria“, der gerade ein Vergnügen abhielt, hätten sich belästigt gefühlt. Dagegen seien die Angeklagten der Uebertretung des preussischen Preßgesetzes schuldig. Wenn Franke für das Verteilen eine Mark erhalten und sie, nach seinen Angaben später wieder zurückgegeben hatte, so sei dies keine Bezahlung. Peukert wolle einige Tage später für das Verteilen der Zettel bezahlt worden sein. Das sei offenbar eine freie Erkundung, in die Welt gesetzt, um den gesetzlichen Bestimmungen nachträglich zu genügen. Die festgesetzte Strafe sei im Hinblick auf den beabsichtigten Zweck der erheblichen Vermögensschädigung oder des Ruins der Saalbesitzer, sehr niedrig bemessen. Trotz der Freisprechung von der Anklage des groben Unfugs, bleibt es also bei den eingangs erwähnten Strafen.

### Vom Saalkampf in Ostwitz

wird uns geschrieben:

Trübe und regnerisch hielt das diesjährige Pfingstfest seinen Einzug. Trübe dürfte es auch um die Einnahmen der hiesigen Wirte ausgesehen haben. Dürfte doch die Besucherzahl von Ostwitz an allen drei Feiertagen die Zahl von 3000 kaum überschritten haben. Um den geleerten Beutel etwas zu füllen, veranstaltete Herr Bensch am ersten Feiertage ein großes Freitanzkonzert, aber nicht viel über 100 Personen, des sogenannten besseren Publikums Lawachen den harmonischen Klängen der Ramlauer Stadtkapelle. Bei Scholzes wurden dagegen, um 4 Uhr Nachmittags, 90 Personen zählt, die sich am Kaffee und dem berühmten selbstgebackenen Kuchen erquideten.

Was so das Bild am 1. Feiertage ein für jene Wirte nicht recht erfreuliches, so sollten sich auch ihre auf den 2. Feiertage gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Während in vorhergehenden Jahren an diesem Tage das Hauptgeschäft der Saison war, konnte man diesmal nichts davon verspüren. Wurden doch in der Zeit von 5—8 Uhr Nachmittags in beiden Lokalen nicht über 180 Personen gezählt.

Diese Zahl wurde nicht mehr überschritten. Um 10 Uhr waren es noch 30 Personen, um 11 Uhr 6 Personen. Nimmt man noch hinzu, daß die größte Hälfte der Anwesenden Damen waren, so kann man sich ein ungefähres Bild von der Gesamteinnahme machen. Unter diesen Umständen muß man es auch begreiflich finden, daß sich die Wirte bereits mit Rühnigungsgeboten trugen, zumal sie am 2. Feiertage mit 7 Mark zufrieden sein mußten, während sie noch im Vorjahre die Summe von 27 Mark pro Mann einstrichen.

Ueber den 3. Feiertag lohnt es sich nicht des näheren einzugehen, da die Besucherzahl eine derartig müßige war, daß in beiden Lokalen die Zahl von 50 nicht überschritten würde.

Bemert soll noch werden, daß an beiden Feiertagen Ostwitz sich wieder der polizeilichen Bewachung durch Breslauer Schutzleute zu erfreuen hatte. Aber auch der gestrenge Herr Orziganbar, der sich eine neue Knallrote Kravatte zugelegt hatte, soll nicht unerwähnt bleiben. Aber trotz ihrer intensiven Tätigkeit gab es diesmal nichts zu tun. Zwar wurde in zehnter Stunde eine Verhaftung vorgenommen, aber der betreffende ist jedenfalls nicht mit uns zu identifizieren, da unsererseits um diese Zeit keine Posten mehr aufgestellt waren. Der schnoddrigen Bemerkungen, welche die Herren Gastwirte gegen die hiesigen Genossen richteten, soll an dieser Stelle nicht erwähnt werden. Die Genossen von Breslau aber mögen daran denken, ehe sie sich entschließen nach Ostwitz zu gehen, daß die Herren Wirte von Ostwitz nicht für sie, nur für ihre Groschen Sympathie haben. H.

Der Vater des Reichstagsabgeordneten Genossen Feine, der Geh. Regierungsrat Professor Dr. Otto Feine, der in Weimar, wie bereits kurz gemeldet, im Alter von 74 Jahren gestorben ist, war von 1869 bis 1883 Direktor des hiesigen Maria-Theresien-Gymnasiums. Noch heute erkezt er sich in den Kreisen vieler seiner schülerischen Schüler eines guten Andenkens. Von 1888 an, bis er 1896 in den Ruhestand trat, war Professor Feine Direktor der Ritterakademie in Brandenburg. Als Pädagoge und Philologe hat Professor Feine sich einen Namen erworben.

Dr. Vientos Ueberführung. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch passierte ein Sonderzug mit dem deutschen Kaiser um 11 1/2 Uhr den Hauptbahnhof und hatte hier fünf Minuten Aufenthalt zur Wassereinnahme. Obgleich kein Mensch von dem Ereignis eine Ahnung hatte, war der Bahnsteig von einem Schuhmannsaufgebote abgesperrt, und Dr. Viento selbst hatte seine Nachtruhe geopfert, um in eigener Person die Absperrung zu leiten. Sein Pflichteifer wird aber leider unbemerkt geblieben sein, denn im Zuge zeigte sich nach der „Bresl. Ztg.“ niemand an den Fenstern; alles schien der Ruhe zu pflegen.

Das Arbeitersekretariat Breslau ist im Monat Mai von 1035 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besuche 898, wiederholte 137. Im ganzen wurde in 1069 Fällen Auskunft erteilt. Von den 1035 Personen waren männlich 893, weiblich 142, organisiert 864, Ehefrauen Organisierter 52, Organisationsunfähige 119, wohnhaft in Breslau 968, auswärtig 72. Von den 1069 Fällen wurden erledigt mündlich 798, schriftlich 271. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 295.

Man vergleiche mit diesen Zahlen die Mitteilung des Magistrats, daß das von ihm subventionierte „Christliche Volksbureau“ im ganzen Jahr 1905 nur 2000 Auskünfte erteilt hat!

Professor Sombart, der einen Ruf als Lehrer an die neue Handelshochschule zu Berlin angenommen hat, ist nunmehr die nachgeachtete Entlassung aus dem Staatsdienste, d. h. aus seiner hiesigen Stellung als außerordentlicher Professor für Nationalökonomie vom 1. Oktober d. J. an erteilt worden.

Die hiesige gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschule erhält nicht einen Staatszuschuß von 1000 Mark, sondern einen solchen von 10,000 Mark.

Ueber Nord gefallen. Am Dienstag Nachmittag in der fünften Stunde ereignete sich auf dem Oberwall ein Unfall. Auf einem der Lampen befand sich ein Vater mit seiner halb erwachsenen Tochter. Auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise fiel das Mädchen über Bord. Der Vater sprang sofort nach, um es zu retten, und von der Mannschaft des Dampfers wurden die Rettungsringe ausgeworfen; beide im Wasser befindlichen Personen konnten diese Rettungsmittel ergreifen, an denen die Verunglückten an Bord gezogen wurden. Der Dampfer, der sofort gestoppt hatte, kehrte mit den Geretteten an den Landungsplatz Margaretenstraße zurück, wo sie aufgeboetet wurden.

Was denen einer, an die niemand denkt. Am 3. d. Mts., Abends, wurde auf dem Trebnitzplatz ein etwa 70 Jahre alter Mann schwer krank angefunden und dem Allerheiligens-hospital zugeführt, wo er am nächsten Tage gestorben ist.

Ein Kind abgestürzt. Die 2 Jahre 4 Monate alte Gertrude Beck stürzte am 5. d. Mts. aus dem 5. Stock des Hauses Königgräberstraße 4 auf die Straße. Das Kind erlitt Verletzungen an Kopf und innere Verletzungen, die alsbald den Tod herbeiführten.

Durch ein Hundegespinn überfahren wurde auf der Pöschstraße ein Haushälter. Er erlitt schwere innere Verletzungen, denen er am 2. d. Mts. im Allerheiligens-hospital erlegen ist.

Gefunden wurden: ein schwarzer Ueberzieher, ein silbernes Notizbuch, ein goldenes Armband und eine goldene Damenuhr.

Abhandeln kamen: eine silberne Damenuhr mit Goldrand, ein Samtbeutel mit einer goldenen Brille und ein Portemonnaie mit 68 Mark.

Wegen Fahrraddiebstahl verhaftet wurde der 21 jährige Handlungsgehilfe Arthur Hermes, der auch als Versicherungsbeamter tätig war.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 5. d. M. 36 Personen eingeliefert.

## Aus den Gerichtssälen.

Ueber zwei Terroristenprojekte. Wegen Vergehens gegen § 158 standen nämlich die Arbeiter Paul Pfeil und August Schmidt vor dem Breslauer Schöffengericht. Dieses hielt sich aber für unzuständig, da der genannte Paragraph unter dem Weiswälder der Milderung verlegt sein sollte, weshalb am Mittwoch die Breslauer zweite Strafkammer über den Fall verhandelte. Die beiden hatten am 28. Februar dieses Jahres vor der Chemischen Fabrik auf der Michaelstraße nebst einigen anderen Arbeitern Schießpulver gelassen. Als der Arbeiter Pfeil in der Fabrik im Bereich stand, das Tor von der Straße zum Fabrikhofe an öffnete, war er von Pfeil — Ferkel und von einem anderen Arbeiter festgehalten worden. Dieser andere sollte Schmitt gewesen sein. Die beiden hatten darin dem Arbeitswilligen gut zugeredet, er möge doch die Arbeit ebenfalls mit einstellen, um 22 Pfennigen Stundenlohn könne er doch auch nicht auskommen. Dieser erwiderte

es er nicht im Verstande sei, und deshalb keine Unterstüzung be-  
kome. Die beiden hatten ihm keine Bedenken auszusprechen versucht,  
doch ist sich der Arbeiter nicht los und ging in die Fabrik. Aus  
der Mitte der Streikpöhlen soll dann drun Arbeitswilligen „Lump“  
und „Kasaband“ nachgerufen worden sein, doch ließ sich nicht fest-  
stellen, wer den Ruf ausgestoßen hatte. Das Urteil lautete gegen  
Weiß auf einen Monat Gefängnis. Neben einem Ver-  
gehen gegen § 153 wurde versucht die Mütze anzugreifen.  
Schmidt wurde wegen Mangel an ausreichenden Beweisen freige-  
sprochen, und zwar, weil während der Verweilnahme noch ein  
andere Arbeiter genannt worden war, der hinsichtlich der Mütze  
zusammen den Arbeitswilligen angehalten haben kann.  
Vor dem Schöffengericht hatte sich am gleichen Tage der  
Töpfer Carl Rademacher zu verantworten, der am 14. April  
bei der Firma Josef Ueberberger, Marienstraße, den Arbeiter  
Max Schmidt zum Mitleiden veranlassen wollte. Schmidt hatte  
anfanglich versprochen, bei Ausbruch des Töpferstreiks die Arbeit  
mit einzustellen. Als es aber galt, aus seinem Versprechen Ernst zu  
machen, abgeriet er. Der Ankläger soll ihn dann mit noch einem  
anderen zusammen angefaßt, nach beide sollen versucht haben, ihn mit  
sich fort zu ziehen. Dabei sollen die Worte: „Lump, mach, daß  
Du rauskommst“, gefallen sein. Urteil: vierzehn Tage  
Gefängnis!

**Einem jüden Rands gegen die Allmacht der Militär-  
Justiz** führt seit einem halben Jahre der seit dieser Zeit im  
Walden-Gefängnis zu Saarbrücken sitzende 25 Jahre alte Reiter-  
offizier Nikolaus Reichert, von Beruf Bergmann, der am 17. No-  
vember 1903 als zeitiger Halbinalide vom aktiven Dienste ent-  
lassen und etwa vor Jahresfrist als dauernd invalide  
beschrieben wurde. Reichert wurde kurz vor Weihnachten auf  
das Bezirkskommando in St. Johann befohlen, kam nicht und  
wurde zwangsweise vorgeliefert. Hierbei stellte er sich den Be-  
sitzverhältnissen gegenüber auf den Standpunkt, daß er kein  
Soldat mehr sei, und ihm niemand etwas zu sagen  
habe. Dabei behauptete er die Offiziers. Die Folge war, daß  
er in Militärarrest kam. Auch hier beharrte er auf dem Stand-  
punkt, daß ihm keine Militärperson etwas zu befehlen habe,  
sahnte und freizette über jeden Befehl, beschimpfte alle Offiziere  
und Unteroffiziere, die in seine Nähe kamen, und benahm sich  
renitent. Gegen einige Urteile des Oberkriegsgerichts, die auf  
6 und 4 Monate Gefängnis lauteten, legte er Berufung ein,  
welche höchstwahrscheinlich von Erfolg für ihn sein wird wegen  
der bisher zweifelhaften Festigkeit. Vor wenigen Wochen hat  
deshalb das Reichsmilitärgericht eine Sonder-Ent-  
scheidung getroffen, und zwar offenbar aus Anlaß des Falles  
Reichert, daß Untersuchungsgefängnisse des Re-  
sultates des Reichsmilitärgerichts schuldig gemacht haben sollte.  
Reichert blieb sich auch vor Gericht treu, wurde aber, trotzdem  
drei Befehle und zwei Sergeanten mit Gewehren hinter ihm  
standen, so ausfallend gegen den Vorsitzenden, daß das Gericht  
den Ausschluß der Öffentlichkeit im Interesse der militärischen  
Majestät anordnete. Inwiefern wurde Reichert freigespro-  
chen; Gründe dafür wurden in der Urteilsverlesung nicht  
angegeben. Wegen der Disziplinargeschehen, weicher er sich nach  
der offiziellen Behauptung über die erwählte Entscheidung des  
Reichsmilitärgerichts in seiner Arrestzelle und vor Gericht schuldig  
gemacht haben soll, blieb er jedoch in Untersuchungshaft. Nicht  
unwahrscheinlich mag bleiben, daß Reichert in verschiedenen Arren-  
Anhalten beobachtet und geistig als durchaus normal bezeichnet  
wurde.

## Ans Schlesien und Posen.

### Immer neue russische Uebergriffe!

Ran der schlesisch-russischen Grenze melden die Wälder:

In der Nacht zu Mittwoch ist an der neutralen Grenze bei  
Eichenau (früher Klein-Domrowola) ein russischer Schmuggler,  
der auf dem schlesischen Gebiet geflüchtet war, von den ihn  
verfolgenden russischen Grenzsoldaten erschossen worden. Die  
Leiche liegt an der Grenze; nachmittags begab sich eine Kommission  
der Staatsanwaltschaft Posen mit Polizeirat Wälder zur Auf-  
klärung des Sachverhalts an den Tatort.

Das ist nun ungefähr der zwölfte Fall seit Jahresfrist. Und  
die harte deutsche Regierung läßt sich die Kautenhebe ruhig gefallen.  
Deutscher Stolz scheint sich immer noch im Duden vor Väterchen  
Raschkin zu illustrieren.

### Russische Auswanderung über Preußen.

Allein bei der Auswanderungskontrollkommission in Posen  
erreichte die Ziffer der zur Auswanderung gelangenden Passanten im  
letzten Vierteljahr die Höhe von 2720 gegen nur 840 im vorletzten  
Daueral. Im ganzen Jahre passierten die Station 6766 Personen,  
wovon 6444 nach Amerika und 322 nach England auszuwandern  
beabsichtigten. 718 weitere Auswanderungswillige „auswandern“  
den preussischen Behörden über die Grenze zurückgeschickt (!)  
werden.

### Die Geistlichkeit in Oberschlesien.

Aus Posen wird uns über eine Erhobe aus der  
gegenwärtigen Wahlbewegung folgendes geschrieben: In Gra-  
dyzka, Kreis Tarnobrzeg, war für den zweiten Pfingstfest-  
tag eine Volks-Versammlung im Gasthaus Döbel angemeldet wor-  
den. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Konvikales,  
Genossen Scholtyse, über: „Die Lage der kleinen Bauern  
und der Arbeiter.“ Die Versammlung wurde aber nicht statt-  
gefunden, weil der Pfarrer Orłowski das nicht erlaubte.  
Als der Herr Pfarrer von der Volks-Versammlung hörte, hat er  
sich sofort den Herr Bürgermeister so bestärkt, daß dieser sich weigerte,  
den Saal herzugeben. Dagegen erhielt er sofort 20 Mark  
vom Pfarrer für eine Genossenschafts-Versammlung, welche von  
der Kasse herab bekannt gemacht wurde.

Das ist die Freiheit, für welche das Zentrum kämpft!  
Von der Anpreisung wird aber weder der Herr Pfarrer, noch  
das Zentrum Freude haben. Die Bekämpfung des armen Volkes  
hat schon vielen die Augen geöffnet und es wird gar nicht lange  
mehr dauern, da werden sich auch in Posen die Früchte der  
modernen Arbeiter-Organisation bemerkbar machen.

— 2. Dentzsch-Liste, 6. Juni. Der enttäuschte Gen-  
darm-Arbeiter, die am ersten Feiertage ein brillantes Intermezzo  
mit dem Gendarmen Kreischmann erleben mußten, erzählen uns fol-  
gende lustige Geschichte:

Wenn auch noch in ganz Preußen überall Betriebsbe-  
sprechungen ohne vorherige polizeiliche Anmeldeungen er-  
halten, so ist dies in Dentzsch-Liste seitens der Polizei nicht  
erlaubt! Deshalb hat der Gendarm Kreischmann in  
Dentzsch-Liste seinen Besuch, keine diesbezügliche Besprechung der  
Fabrikarbeiter der Chemischen Fabrik aus erster Pfingstfeier-  
tag. Die Arbeiter hatten aber trotzdem zusammen; da sie je-  
doch bei Klingenberg die Besprechung nicht abhalten durften, beschloßen  
sie einmütig, einen Ausflug zu unternehmen. Schon heute hat  
der Gendarm Kreischmann. Doch die Wahrheit des Entschlusses:  
„Der geliebte Licht, Licht ein besser“, sagte sich gar bald auch hier.  
Auf der Rückkehr hat es auf einmal den Arbeiter ein, einen  
Donnerstag zu unternehmen und der Gendarm sagte: „Ich will, damit  
ja keine Besprechung zustande kam. In Saaran bei Pilsbald  
wurde das Ganze halt in einer geschlossenen Gesellschaft  
wurde im Saal neben einem Hof durch einen polizeilichen  
polizeiliche Vorkehrung und Compiz ist viel unpolizeiliches  
vergangen wie es durch die Hände der Liste nicht besser gelassen

können. Aber es kam noch besser: Als weiter marschiert wurde,  
gelangte man zu einem Kreuzweg. Schnell wurde beschloßen, daß  
ein Teil der Arbeiter nach links, der andere Teil nach rechts zu  
gehen und als Treffpunkt Linderau zu gelten habe. Ein wichtiger  
Kollege wollte dagegen zuerst Widerspruch erheben, weil nur ein  
Gendarm anwesend sei und der sich doch selbst nicht teilen konnte.  
Der Gendarm stand da, wie Herkules auf Scheidewege. Er ging  
zunächst die „linke Hälfte“ verfolgen. Diese war aber schon zu weit  
voraus, und als er bedauern umkehrte, um den anderen nachzugehen,  
Hektik der Führer der ersten Hälfte auf eine Weile und hielt von  
dort aus unter allgemeiner Heiterkeit Umschau ab. Dasselbe konnte  
auch der Führer der anderen „Hälfte“ tun, ehe ihn der Gendarm  
erreichte. Der Arbeiterhauf von Pissa wird der erste Pfingstfeiertag  
1906 stets eine angenehme Erinnerung sein. Ob aber dem Gendarm  
Kreischmann auch?

**Steindorf bei Ohlau, 6. Juni.** Zur Gemeindever-  
treterwahl. Der von den Arbeitern gewählte Maurer Kubm  
teilt uns mit, daß er nicht Parteigenosse sei.

— 3. Briesg, 6. Juni. Vom Kriegsschauplatz  
des Saalkampfes. Trübe war das Wetter an den  
Festtagen und trübte die Einnahme der Wirt, trotz der vielen  
Freunden. Die Wirtin hatten gehofft, daß bei der schlechten  
Witterung die Gste wohl bestellt würden, doch zeigte sich die Dis-  
ziplin der Arbeiter von der besten Seite. Diejenigen, welche die  
Vokale besuchten, waren meistens Beamte, Kaufleute, unorganisierte  
Arbeiter sowie „Stirke“ und Mitglieder des katholischen  
Gefellensvereins. Am ersten Feiertag war in allen Lokalen Kon-  
zert; so waren in Deutschen Haus bis zu 250 Personen an-  
wesend, davon 140 Frauen und 40 Soldaten; in der Villa  
Kroba ist die Besucherzahl bis auf 100 Personen gekommen, wo-  
von 65 Frauen und 10 Soldaten waren; in der Kaiserhalle  
war der Besuch nur auf 60 Personen beschränkt, darunter dreißig  
Frauen, 10 Soldaten; im Weinberge ist trotz feinem Eintritt die  
Besucherzahl nur bis auf 65 gekommen, darunter 30 Frauen,  
15 Soldaten; in der Harmonie erreichte der Besuch die Höchst-  
zahl von 25 Personen, darunter gehörten 8 Damen den Hobilisten  
an. Das Konzert war um 7 Uhr beendet; im Wintergarten  
sah aber wegen der hohen Besucherzahl von 7 Personen das  
Konzert gänzlich aus. Da waren von der Saal des „Vergel“,  
weicher freigegeben wurde, überfüllt. Es waren sehr viele Ge-  
nossen anwesend, ohne daß sie der Wirt herausbefördert hätte,  
es ist also nicht so ernst gemeint mit der Erziehung. — Im  
zweiten Feiertage daselbstes Bild, trotz beherrschender Unspasserei.  
Der Besuch an diesem Tage war wie folgt: Kaiserhalle, Herren  
50 Pfg., Damen 10 Pfg. Eintritt, höchste Besucherzahl 85 Per-  
sonen, davon 55 Frauen, 10 Soldaten, gelangt haben 7 bis  
20 Paare, die Höchstzahl 21 Paare. Villa Kroba, Herren 30 Pfg.,  
Damen 10 Pfg. Eintritt, höchste Besucherzahl 120 Personen,  
darunter 80 Frauen, 20 Soldaten, gelangt haben 5 bis 7 Paar,  
Höchstzahl 12 Paar. Weinberg, Herren 25 Pfg., Damen 10 Pfg.,  
Eintritt, höchste Besucherzahl 200 Personen, darunter 150 Sol-  
daten, 46 Frauen, gelangt haben nur Soldaten zusammen oder  
Mädchen. Deutsches Haus, höchste Besucherzahl 85 Personen,  
darunter 50 Frauen, 10 Soldaten, gelangt haben meistens zwei  
Mädchen zusammen. Im Frug waren bis zu 30 Personen an-  
wesend, darunter 30 Soldaten und 38 Mädchen, gelangt haben  
4 bis 8 Paare. Bei Sike, Goldener Anker, waren höchstens  
60 Personen, darunter 8 Frauen, 48 Soldaten, gelangt haben  
4 bis 10 Paare, meistens Soldaten zusammen. In der Har-  
monie war bis 1/8 Uhr im Garten niemand anwesend; im  
Saal waren 20 bis 24 Personen, gelangt haben 1 bis 3 Paar;  
um 1/8 Uhr trug der Arbeiter den Wirt, ob sie mit der Wirtin  
aufhören sollen, da doch niemand tanze. Da meinte der Wirt,  
keine Bedenken möchten sie nur gehen, sie seien ja daran schuld,  
daß niemand tanze! Er sprach dann im Weger noch was von  
Schmerdelücken über die Hobilisten etc. Viele aber padten ihre  
Instrumente ein und verließen den Saal, mit ihnen auch die  
Besucher. Um 9 Uhr waren 27 Personen anwesend, darunter  
15 Frauen, 8 Soldaten, 4 Zivilisten; gelangt haben 1 bis  
4 Paare, der Sohn des Wirtes spielte dazu Klavier. Im Win-  
tergarten war die größte Besucherzahl 35 Personen, darunter  
8 Bahnbeamte, 10 Soldaten, 14 Mädchen, gelangt haben 1 bis  
4 Paare, zu Anfang jedoch niemand. Ein Verwandter des  
Wirtes verteilte an manche Zivilisten 5 Pfg., damit sie nur  
tanzen, auch unser Posten erhielt seinen Fünfer. Anwesend  
waren zum Schluß noch 10 Personen. Die Arbeiter sind mit  
dem Verkauf dieser beiden Tage zufrieden.

**Mittwech, 5. Juni. Keine Versammlung.** Die am  
Sonntag, den 10. 6. im „Goldenen Stern“ geplante Versamm-  
lung unseres Vereins findet nicht statt.

— 4. Saaran, Kreis Schweidnitz, 6. Juni. Vom Ko-  
alitionrecht der Arbeiter — oder: — Unter  
Polizeiaufsicht. Wie allerwärts, so sucht man auch hier  
in unserem Industrieort dem Eindringen der neuerzeitlichen Ideen  
in die Kreise der Arbeiterklasse alle möglichen Schwierigkeiten zu  
bereiten. Maßregelungen derjenigen Arbeiter, welche infolge ihrer  
außerordentlichen Tätigkeit sich der besonderen Aufmerksamkeit des  
Unternehmensleiters erfreuen, und die Verweigerung jeglicher Lokale  
zu Versammlungszwecken, das sind auch hier die „geistigen“ Waf-  
fen, mit denen man unsere noch junge Bewegung niederzuhalten  
versucht. Daß die Polizei in diesem Kampfe nicht untätig bleibt,  
ist selbstverständlich. Ein nettes Vorkommnis passierte am ersten  
Pfingstfeiertag. Wenn es bei demselben auch keine abgehauenen  
Hände a la Breslau gab, so ist es dennoch interessant genug,  
um es der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wie schon gesagt, ist  
eine Versammlungsmöglichkeit für einen großen Teil der besten  
Arbeiterklasse nicht vorhanden und so wurde man sich einig, den  
Genossen in Schweidnitz einen Besuch abzustatten und bei  
dieser Gelegenheit im dortigen Lokal eine öffentliche Versamm-  
lung abzuhalten. In improvisierter Sänfte verließen denn gegen  
Mittag die Teilnehmer die „ach, so teure Heimat“, um den über  
acht Stunden weiten Weg nach Schweidnitz anzutreten. Wie  
erkannt waren aber unsere Genossen, als sie sich plötzlich von  
Genossen umzingelt sahen, die erschütterter Weise den  
Besuch hatten, den Zug in polizeiliche Aufsicht zu nehmen. Trotz  
dieser Maßregel verließen die Arbeiter nicht die Ruhe; der Zug  
bewegte sich weiter und die Gendarmen immer hinter drein, bis  
nach Schweidnitz. Hier eine neue Uebertragung! Vier Poli-  
zisten hatten schon der Annäherung; die Schweidnitzer Polizei-  
behörde hatte es sich nicht nehmen lassen, für einen würdigen  
Empfang zu sorgen. Den Beamten schien wohl aber ein Licht  
über die Situation aufzugehen, denn sie zogen es vor, langsam  
zu beschleunigen.

In der nun stattgefundenen öffentlichen Versammlung refe-  
rierte der Sekretär des Fabrikarbeiter-Verbandes, G. Reuring  
aus Dresden, in circa zwölftündiger Rede und unter stürmischen  
Beifall der zahlreich erschienenen über das Thema: „Der  
Kampfbau der Arbeiter im 20. Jahrhundert“ und unterzog bei  
dieser Gelegenheit obiges Vorkommnis einer entsprechenden Kri-  
tik. Die Saaraner Arbeiter aber werden auf diese Beschlüsse  
die richtige Antwort zu geben wissen: Massenentrück in die  
gewerkschaftliche und politische Organisation, Massenabonnement  
auf die Arbeiterpresse, auf die „Volkswacht“! Das wird ihre  
Parole sein.

— 5. Zellhammer, 6. Juni. Mit den Maßrege-  
lungen von Bergleuten aus Anlaß des heu-  
rigen Streiks beschäftigte sich eine Delegations-Versamm-  
lung in der „Eisenbahn“. Es kam da zur Sprache, in welcher  
Weise der „regierende“ Direktor Köpfer Reaktion nimmt für den  
vielen Ansehn, den ihm die Bergarbeiter während des eben-  
digen Streiks gemacht haben. Von allen jenen, die sich im Aus-  
lande den Kameraden nützlich machten, als Streikbrüder oder  
Gefährten des Streikverweigerers, ist keiner wieder eingestuft worden.  
Der Herr geht so weit, daß er sogar den Namen solcher Säuber-  
arbeiten nicht anlegt. Nur drei Mitglieder der katholi-  
schen Seelsorge, welche aus bewährten Gründen  
auch Pfarrer werden sollten, haben nach einem Witzgange zum  
Herrn Köpfer Gnade gefunden und sind wieder angenommen  
worden. Das ist eine Anerkennung für den Streikbrüder-  
geist.

— 6. Jena, 6. Juni. Das Vorgehen des Werk-  
direktors ist natürlich geordnet, wobei sich zu machen und einen  
besseren Frieden zu beschaffen. Das kam in der Verant-  
wortung zum Ausdruck durch einstimmige Annahme einer Resolution,  
in welcher die Belegschaft ihrer Entzweiung über die Maßrege-  
lungen Worte gab und das Versprechen machte, nicht eher Lieber-  
schaften zu verfahren, bevor nicht alle früheren Arbeiter einge-  
stellt sind. Da die Werkleitung Agenten nach ausländischen  
Bergleuten ausgesandt hat, wird der Verband seinerseits — wo  
es nötig ist, durch fremdsprachige Sprachblätter — die Kameraden  
jener Kreise über die Verhältnisse in Gottesberg aufklären.  
Sollte die Werkleitung in ihrer Haltung beharren, so  
ist eine rasche Neuausgabe des Ausmaßes zu beschließen.

— 7. Stegnitz, 7. Juni. Die Rettung der hiesi-  
gen Brau-Kommune sucht, obwohl dort der Arbeits-  
vertrag der Brauerarbeiter-Organisation anerkannt ist, und der  
Gewerkschaft das Versprechen gegeben wurde, bei Bekämpfung Ver-  
bandsmitglieder mit zu berücksichtigen, stets jüngere, nicht-  
organisierte Brauer — sogenannte Bundesgenossen —  
Bezugsworte: Breslauer Bundes-Verlege von Poremba in  
der Kirchstraße. Wenn auch diese sogenannten Bundesgenossen  
in Stegnitz angekommen, in Kürze Verbandsmitglieder werden,  
aber was nicht selten vorkommt, sich als solche und zwar ehe,  
entpuppen, so lenkt man es aber doch die Art, wie das Ehren-  
wort von Vorgesetzten gehalten wird, und wohin der Kurs  
steuert. Die Bundesgenossen, die hier verlangt werden, sind  
dieselben Brauer, die überall hin gehen, wo sie nicht gefast  
und das dort vom Verband Geschlossene mit Spähenbrüderkeit  
mit verzehren, ihre Verbandskollegen bei den Arbeitgebern ver-  
stärken und überall, wo ein bessere Verhältnisse gekämpft wird,  
Streikbrüder werden. Der Brauerarbeiter-Verband und die or-  
ganisierten Streikbrüder werden auf der Hut sein und auf ihr  
erhaltenes Ehrenwort halten.

— 8. Neustadt OS., 7. Juni. Eine harte Strafe  
wurde dem Ziegeleiarbeiter Carl Kubra aus Ober-Sloaun von  
der Strafkammer wegen willkürlicher Anschuldigung aus-  
gesprochen. Der Angeklagte war vom Schöffengericht zu Ober-Sloaun  
wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis  
verurteilt worden, weil er den Arbeiter Koch mit einer Waffe,  
geschlagen hatte. Er legte Berufung ein und behauptete, Koch  
habe einen Meineid geleistet und beantragte seine Befreiung.  
Der Angeklagte leugnete jede Gewalttätigkeit gegen Koch, daß er  
„von ihm geschossen worden sei, als willkürlich gefascht, da er von  
der Sache rein gänzlich wolle.“ Später, bei seiner verantwort-  
lichen Vernehmung, gestand er dagegen selbst ein, Koch geschlagen  
zu haben, aber nicht mit einem Messer, sondern mit einem finger-  
langen Stiel Holz, an dessen Ende ein Stück Eisenstift einge-  
schlagen war. Die Anklage, welche der Angeklagte gegen Koch  
wegen Meineids erhoben hatte, war daher eine willkürlich falsche,  
weil die Verurteilung des Koch wegen willkürlicher falscher An-  
schuldigung zu 9 Monaten Gefängnis erfolgte.

— 9. Eine Kronprinzessin-Beleidigung fand  
jodann vor derselben Strafkammer ihre Sühne. Am 26. März  
dieses Jahres befand sich in stark angetrunkenem Zustande der  
Ziegeleiarbeiter Wilmha aus Pils in der Werner'schen Restau-  
ration daselbst und ließ beleidigende Worte gegen den Kronprinzen  
aus. Weil W. noch unbestraft und beurlaubt war, wurde dieses  
Verbrechen mit „nur“ sechs Wochen Gefängnis als ausreichend  
gesühnt erachtet.

**Katowitz, 6. Juni.** Eine drahtlose Epilose spielte sich  
in der letzten Schöffengerichtssitzung ab. Eine Frau R. hatte sich  
wegen Betruges an verantworten. Bereits vor längerer Zeit  
hatte in dieser Sache ein Verhandlungstermin stattgefunden, in welchem  
die Angeklagte sämtliche Vorstrafen bestritten und behauptet hatte, es  
stehe dabei eine Verwechslung mit ihrer Zwillingsschwester Marianne  
vor. Inzwischen wurde festgestellt, daß die Angeklagte eine Zwilling-  
schwester überhaupt nicht besitzt. In der neuen Verhandlung stellte  
sie die Behauptung auf, die Vorstrafen seien ihrer Schwester Pauline  
zur Last, ihre Zwillingsschwester sei inzwischen gestorben. Hierbei kam  
es aber an einem weiteren Zwischenfall, die Angeklagte behauptete  
nämlich auf Befragen des Vorsitzenden, sie sei in Pilsnitz ge-  
boren, während ihre Zwillingsschwester in Parnuschowitz das Licht der Welt erblickt habe. — Tableau!

## Kleine provinzielle Nachrichten.

Schwer verunglückt ist am Dienstag Nachmittag der Maurer  
Wilhelm Demuth aus Cannersdorf am Landwhezeugbau auf  
der Jansenstraße in Strichberg. Der bereits 65jährige D. rutschte  
infolge der durch den Regen verursachten Glätte von der Leiter ab  
und stürzte aus zehn Meter Höhe auf das Straßenpflaster.  
Schwer verletzt wurde er, der übrigens schon zweimal so verun-  
glückt ist, in das städtische Krankenhaus gebracht. Er hat einen  
Schenkelbruch, innere Verletzungen und solche am Kopfe erlitten. —  
Aus Strichberg wird gemeldet: In der Brunauer Glimmordbache  
sind Mittwoch Nachmittag in Brunau auf Veranlassung der Staats-  
anwaltschaft die Ausgrabung der Leichenreste des Arbeiters Janitschek  
zur Aufklärung auf Gift statt. Auch Janitschek erlebte seine letzten  
Tage bei den Chauffeurwärtersleuten Feine in Brunau und nach eben-  
falls plötzlich unter Hinterlassung eines die Feige zu Unfallschaden  
seines Vermögens einsetzenden Testaments. Bereits bei seinem Tode  
wurden Verdächtigungen gegen die Feige laut. Diese behaupteten,  
er sei an verdorbener Wurst gestorben. — Dienstag Abend war Prinz  
Dion von Furland nach Borswerk Brieske bei Gork-Wartenberg  
zur Pilsche gefahren. Nachdem er seinen Wagen verlassen und ge-  
pörricht hatte, fuhr er im Automobil nach Wartenberg zurück. Kurz  
vor Wartenberg — in Klein-Tosel — slog dem Leibjäger der Hut  
vom Kopf. In voller Fahrt, ohne daß irgend jemand es  
hindern konnte, sprang der Leibjäger vom Automobil (!) und  
fiel so unglücklich, daß er einen Schenkelbruch davontrug.  
Der Kreisarzt konnte selber nur noch den eben eingetretenen Tod  
konstatieren. — Im vorigen Jahre erschien in Alt-Barthau, Kreis  
Bunzlau, ein Mann, der sich Müller nannte und ein Gut zu kaufen  
suchte. Die Gelegenheit war günstig, da ein dortiger älterer Gut-  
besitzer seine Wirtschaft zu verkaufen beabsichtigte. Die beiden  
Männer traten in geschäftliche Beziehungen, und es kam  
ein vorläufiger Kaufvertrag zustande. Der neue Besitzer,  
der eine größere Summe zu zahlen versprochen hatte und völliges  
Vertrauen genoß, fing nun auch an zu schalten und zu walten. Besonders  
sah er es darauf an, von den vorhandenen größeren Getreidevorräten  
das Ueberflüssige zu verkaufen. Mit einem Mühlenseliger schloß er  
dieserhalb einen Vertrag wegen Abgabe von Getreidemengen und erhielt  
von ihm einen größeren Geldvorschuss. Der Tag des geschäftlichen Kauf-  
abschlusses kam nun, und man begab sich nach Bunzlau, um auf  
dem Kreisgericht die erforderlichen Formalitäten zu veranlassen.  
Während des vorübergehenden Aufenthaltes in einem Gasthofe ent-  
setzte sich der Käufer — und kam nicht wieder. Mit erstickten  
Gesicht wurde er — den Beteiligten klar, daß sie einem  
griechischen Schwindler in die Hände gefallen waren. Wie nunmehr  
aus Berlin mitgeteilt wird, ist Müller, der in Wirklichkeit Richter  
heißt, im Café Bauer in Berlin festgenommen worden.

## Vermischtes.

Das Paris bezieht. Eine Statistik, die den Warenverlauf  
in den Pariser Markthallen, dem „Marché de Paris“ Jolas, fest-  
stellt, gibt an, daß im vergangenen Jahre für 268 Millionen Franken  
Lebensmittel abgesetzt worden sind. Danach haben die Pariser, in  
runden Zahlen gerechnet, 51 Millionen Kilo Fleisch vom Schlächter  
bezogen, 21 Millionen Kilo Geflügel und Wildpret, 15 Millionen  
Kilo Früchte und Gemüse, 6 Millionen Kilo Pfeffer, 4 Millionen  
Kilo Champignons, 39 Millionen Kilo Mehl und Getreide ver-  
braucht, 2 Millionen Kilo Schokolade, 10 Millionen Kilo Se-  
nften, 14 Millionen Kilo Butter, 306 Millionen Eier, 12 Mil-  
lionen Kilo Käse. Dabei sind die verschiedenen Arten der  
Gewürze des Hons d'oeuvra, die der Franzose so liebt, noch nicht ge-